

Ö F F E N T L I C H E N I E D E R S C H R I F T

über die 20. Sitzung des Rates

vom: **21.12.2022**

von: **16:06 Uhr**

bis: **19:55 Uhr**

Ort: **Siegerlandhalle, Koblenzer Straße 151,
57072 Siegen, Leonhard-Gläser-Saal**

Anwesend waren:

Vom Rat:

Bürgermeister Mues, Steffen
Stv Becker, Melanie
Stv Bell, Achim
Stv Bialowons-Sting, Eva-Marie
Stv Bleckmann, Lisa
Stv Böcking, Verena
Stv Boller, Joachim
Stv Christian, Thomas
Stv Cziba, Ansgar
Stv Dil, Yilmaz
Stv Dylong, Barbara
Stv Eberlein, Birgit
Stv Eckhardt, Klaus
Stv Englert, Franz
Stv Grimm, Benjamin
Stv Grisse, Robert
Stv Groß, Michael
Stv Hähner, André
Stv Harnacke, Maik
Stv Heilmann, Martin
Stv Helm, Martin
Stv Heupel, Rüdiger

als Vorsitzender

bis 19:44 Uhr, TOP 17. öT

Stv Hof, Felix
Stv Hokkaömeroglu, Emetullah
Stv Jung, Angela
Stv Kamieth, Jens
Stv Klein, Henning
Stv Klein, Marc
Stv Köckritz, Anja Alexandra
Stv Könen, Wolfgang Max
Stv König, Svenja
Stv Kraft, Florian
Stv Krumm, Heike
Stv Lechthaler, Tim
Stv Lorenz, Reiner
Stv Mäckeler, Bernd
Stv Molzberger, Adhemar
Stv Nüchtern, Markus
Stv Patt, Alexander
Stv Pfeifer, Joachim
Stv Pflogsch, Teresa Elisabeth
Stv Rompf, Jürgen
Stv Rujanski, Detlef
Stv Schiltz, Ingmar
Stv Schmidt, Isabelle Cathrin
Stv Schmidt, Sabrina
Stv Schneider, Rainer
Stv Schneider, Silke
Stv Schoew, Torsten
Stv Schulz, Jürgen
Stv Schulz, Kenny
Stv Schwarz, Sibylle
Stv Schwarzer, Michael
Stv Shirley, Julia
Stv Six, Annette
Stv Sondermann, Christian Paul
Stv Stahl, Peter H.
Stv Steffe, Roland
Stv Stinner, Jürgen
Stv Thimm, Heiko
Stv Tigges, Johannes
Stv Wagener, Tanja
Stv Weber, Frank
Stv Wittenburg, Samuel
Stv Dr. Zybill, Christian

bis 19:09 Uhr, TOP 12 öT

Aufgrund besonderer Einladung

Herr Michael Petin

für TOP 5. öT

Von der Verwaltung:

StK Cavelius
StBR Schumann
StR Fries
Dezernent Schmidt
Betriebsleiter Roth - bis 17:39 Uhr, TOP 8.4 öT
Städt VD Werthenbach
VA Spötter - bis 18:44 Uhr, TOP 17 öT
Städt OVR Runge
Leitende städt. RD Dr. Schneider-Reimann - ab 17:55 Uhr
Kaufm. Betriebsleiter Quandel - bis 17:39 Uhr, TOP 8.4 öT
Personalratsvors. Schneider
VA Meier - Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Stv Bertelmann, Hans-Günter
Stv Keßler, Silvia
Stv Reifenrath, Frank
Stv Rompf-Selimi, Nazlije
Stv Steuber, Hartmut
Stv Walter, Klaus Volker

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

CDU und SPD ziehen ihren Antrag unter 3.3 zurück, teilt Herr Schiltz mit.

Da das Dezember-Sitzungsgeld traditionell gespendet wird, fragt Herr Mues ab, an welche Organisation die jeweiligen Fraktionen dieses spenden möchten. Die Fraktionen teilen folgendes mit:

SPD: Friedensgruppe Siegen -Hilfe für die Ukraine
Die Linke: Gegen Armut Siegen e. V. (Café Patchwork)
B'90/Grüne: Ambulantes Kinderhospiz-Dienst e. V. der Kinderklinik
Volt: Tierheim Siegen
FDP: Smily Kids (Kreuzbund)
CDU: Der Mittagstisch „Guten Appetit“ Caritasverband Siegen Wittgenstein, 'Martini-Mittagstisch' Evangelische Martini-Kirchengemeinde Siegen, Mittagstisch Kirchengemeinde Klafeld
UWG: Tierheim Siegen
GfS: Friedensgruppe Siegen -Hilfe für die Ukraine
AfD: Ev. Ehe-, Familien- und Lebensberatung Siegen
AfS: Stiftung „KinderHerz“

1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 09.11.2022

Es werden keine Hinweise vorgebracht.

20. Rat 21.12.2022

1.1 Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 19.10.2022

Es werden keine Hinweise vorgebracht.

20. Rat 21.12.2022

2. Fragestunde**2.1 Bestattung von Früh- oder Totgeburten
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Vorlage Nr. AF 127/2022 sowie Vorlage Nr. AF 127/2022 A

Es liegen keine Wortbeiträge vor.

20. Rat 21.12.2022

**2.2 Reduzierung der Kosten für die Liveübertragung der Ratssitzungen
Anfrage der Volt-Fraktion**

Vorlage Nr. AF 126/2022 sowie Vorlage Nr. AF 126/2022 A

Herr Wittenburg möchte wissen, ob es möglich sei, das Livestreaming auch auf Plattformen mit Kommentarfunktion auszuspielen und ob die Möglichkeit bestehe den Stream an die lokalen Medien wie Zeitung/WDR weiterzuleiten, sodass dieser dort ebenfalls live ausgespielt werden könnte.

Die Antwort werde im Protokoll nachgereicht, so Herr Werthenbach.

Antwort der Verwaltung:

Grundsätzlich ist es technisch möglich, den Livestream auf Plattformen wie YouTube oder Facebook auszuspielen. Gleichwohl ist, um überhaupt eine Akzeptanz für den Livestream in der Politik zu erreichen, von einer solchen Möglichkeit insbesondere aufgrund der Kommentarfunktionen während des Livestreams abgesehen worden.

Eine direkte Einbindung bei anderen Mediendienstleistern wird nicht als umsetzbar angesehen. Zur Einbindung des Streams auf fremden Homepages müssten entsprechende Informationen weitergegeben werden. Diesbezüglich bestehen Bedenken hinsichtlich des Datenschutzes. Eine entsprechende Abfrage bei allen Beteiligten wäre sicherlich notwendig. Schwerwiegender ist jedoch, dass die Stadt Siegen keinerlei Einfluss mehr darauf hätte, in

welchem Kontext der Livestream auf den Homepages der Mediendienstleister eingebunden würde, ob dort Kommentarfunktionen ermöglicht werden und wie damit umgegangen würde.

20. Rat 21.12.2022

3. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung

3.1 Resolution des Siegener Stadtrates

Siegen solidarisiert sich mit den Protestierenden im Iran

Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und Volt

Vorlage Nr. AT 245/2022

Im Namen der CDU-Fraktion stellt Herr Hähner den Änderungsantrag, den unter Buchstabe E) der Resolution in Klammern stehenden Passus „(Hierzu zählt auch die Erleichterung des Erhalts und der Verlängerung von Visa für iranische Studierende in Deutschland.)“, zu streichen und stattdessen wie folgt zu ersetzen: „Bis auf Weiteres müssen sämtliche Abschiebungen nach Iran ausgesetzt werden, sofern von ausreisepflichtigen iranischen Staatsbürgern keine Gefahr für die innere Sicherheit ausgeht. Schutzbedürftige Iranerinnen und Iraner müssen unkompliziert Visa für Deutschland erhalten.“

Weiter solle der Buchstabe H) mit folgendem Text ergänzt werden:

„Keine Atomwaffen für Iran!“

Das Erlangen der Fähigkeit durch Iran, künftig Nuklearwaffen zu bauen, würde eine Bedrohung für den Frieden und die Sicherheit der Menschen in Iran selbst, im Nahen Osten insgesamt und nicht zuletzt für die Existenz Israels bedeuten. Daher muss alle Anstrengung in der Zukunft darauf gesetzt werden diesem Regime den Zugang zu Massenvernichtungs- bzw. im speziellen Atomwaffen zu verwehren.“

Man werde sich diesen Änderungen anschließen, teilt Frau Shirley für die Fraktion B'90/Grüne mit, auch wenn man nicht in allen Details übereinstimme.

Herr K. Schulz geht nochmals näher auf die Lage im Iran ein, die sich seit September nochmals deutlich verschlechtert habe. Dies und die dazukommenden internationalen Herausforderungen wie das Atomprogramm oder internationale Konflikte, verursachte insbesondere für junge, liberale Menschen Konflikte. Diese Menschen kämpfen nun für Freiheit, Gleichheit, Anerkennung und Zukunft. Er geht weiter auf die Kommunikation aus dem Land heraus sowie die Wahlen ein, welche jeweils sabotiert werden. Zuletzt betont er die Wichtigkeit einer Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft.

Auch die UWG-Fraktion unterstütze den Änderungsvorschlag der CDU, teilt Herr Bell mit.

Herr Steffe weist darauf hin, dass es im Kreistag eine ähnliche Resolution gegeben habe und wünscht sich eine bessere Verständigung bezüglich der Zuständigkeiten bei solchen Themen. Er weist außerdem darauf hin, dass das Thema bereits auf Bundesebene angekommen sei. Anstelle der Resolution solle man sich lieber für die Frauen und Kinder in Deutschland und

damit für ein Kopftuchverbot an Kitas und Schulen sowie ein Vollverschleierungsverbot in der Öffentlichkeit einsetzen. Aus Respekt diesen Personen gegenüber werde die AfS-Fraktion sich daher enthalten.

Die FDP-Fraktion stimme dem Änderungsvorschlag ebenfalls zu, so Herr Könen.

Dem schließt sich ebenfalls Herr Nüchtern an.

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen erklärt sich uneingeschränkt solidarisch mit den mutigen Iranerinnen und Iranern, die unter Einsatz ihres Lebens für ihre Freiheit, ihr Leben, die Einhaltung der Menschenrechte und Gleichberechtigung in ihrem Land kämpfen.

Der Rat der Universitätsstadt Siegen erklärt sich weiterhin solidarisch mit den Demonstrierenden in unserer Stadt, die auf die Verhältnisse im Iran aufmerksam machen wollen, die Proteste gegen das Regime von hier aus unterstützen und sich Sorgen um ihre Familienangehörigen und Freunde im Iran machen.

Der Rat fordert alle Verantwortlichen auf Europa-, Bundes- und Landesebene auf,

- A) sich klar politisch gegen das autokratische und gewaltbereite iranische Regime und seine brutalen Morde und Menschenrechtsverletzungen zu positionieren,
- B) über die zuletzt am 14. November 2022 auf EU-Ebene beschlossenen Sanktionen hinaus, weitere Sanktionen gegen daran beteiligte Personen, Institutionen und ihre Unterstützer, zu beschließen,
- C) die verfassungsrechtliche Überwachung, strafrechtliche Verfolgung und Sanktionierung von in Deutschland im Auftrag des iranischen Regimes agierenden Personen und Institutionen voranzutreiben,
- D) den auf Landesebene beschlossenen Abschiebestopp für geflüchtete und im Iran verfolgte Personen bis auf weiteres beizubehalten,
- E) auf Bundesebene zügig weitere Schritte einzuleiten, um bundesweit einheitliche Rahmenbedingungen zum Schutz geflüchteter Iranerinnen und Iraner zu schaffen. Bis auf weiteres müssen sämtliche Abschiebungen nach Iran ausgesetzt werden, sofern von ausreisepflichtigen iranischen Staatsbürgern keine Gefahr für die innere Sicherheit ausgeht. Schutzbedürftige Iranerinnen und Iraner müssen unkompliziert Visa für Deutschland erhalten.
- F) Menschenrechtsorganisationen, die sich mit der Freiheitsbewegung im Iran solidarisieren, zu unterstützen und zu fördern,
- G) technische und finanzielle Mittel bereitzustellen, um den Menschen im Iran den freien Zugang zum Internet zu ermöglichen, um sie von der massiven Internetzensur zu befreien.

en und so die Dokumentation und Offenlegung von Menschenrechts-verstößen zu ermöglichen.

H) Keine Atomwaffen für Iran!

Das Erlangen der Fähigkeit durch Iran, künftig Nuklearwaffen zu bauen, würde eine Bedrohung für den Frieden und die Sicherheit der Menschen in Iran selbst, im Nahen Osten insgesamt und nicht zuletzt für die Existenz Israels bedeuten. Daher muss alle Anstrengung in der Zukunft darauf gesetzt werden diesem Regime den Zugang zu Massenvernichtungs- bzw. im speziellen Atomwaffen zu verwehren.

Der Rat der Universitätsstadt Siegen bittet den Bürgermeister, diese Resolution an die zuständigen Stellen des Landes Nordrhein-Westfalen, der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union weiterzuleiten.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 2 Enthaltungen (AfS)

20. Rat 21.12.2022

**3.2 Überprüfung der Rechtmäßigkeit der AfS-Fraktion
- Antrag der Volt-Fraktion**

Vorlage Nr. AT 243/2022

Es liegen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Rechtmäßigkeit des Fraktionsstatus der „AfS-Fraktion“ in Kooperation mit der Kommunalaufsicht zu prüfen.

Beratungsergebnis: 47 Stimmen dafür, 2 dagegen (AfS), 16 Enthaltungen (CDU + BM)

20. Rat 21.12.2022

**3.3 Rücknahme des Ratsbeschlusses vom 02.03.2022 zum Einbau von Luftfilteranlagen
an Grundschulen
Antrag der Fraktionen CDU und SPD**

Vorlage Nr. AT 244/2022 – Der Antrag wurde vom Antragsteller zurückgezogen

20. Rat 21.12.2022

3.4 Resolution des Rates - Änderung der Vorschriften zur Abstimmungsberechtigung bei Bürgerentscheiden
Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke

Vorlage Nr. AT 247/2022

Die Ratsmitglieder Heilmann, K. Schulz und S. Schneider sprechen sich ausdrücklich für den Antrag aus und bitten um Unterstützung.

Herr Rompf ist der Meinung, jeder, der in Siegen lebe, habe in den meisten Fällen die freie Wahl, ob er auch die deutsche Staatsangehörigkeit annehmen wolle.

Die UWG-Fraktion werde sich der Resolution nicht anschließen, gibt Herr Bell bekannt.

Herr Könen weist auf das Einwanderungsgesetz hin, welches derzeit in Bearbeitung sei und gegebenenfalls abgewartet werden solle.

Herr Steffe spricht sich gegen die Resolution aus. Ausschließlich Personen, die längerfristig in der Stadt wohnen und damit eine Bindung zu dieser haben und integriert seien, sollen ein Wahlrecht bei Bürgerentscheiden besitzen.

Gerade weil sich derzeit bei der Einwanderungspolitik einiges in Bewegung befinde, sei nun der richtige Zeitpunkt für diese Resolution, antwortet Frau Bleckmann auf den Wortbeitrag von Herrn Könen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen fordert das Land Nordrhein-Westfalen auf, die Kommunalgesetzgebung dergestalt zu ändern, dass ALLE Bürger* innen einer Kommune, auch Nicht-EU-Bürger*innen, bei Bürgerentscheiden abstimmungsberechtigt sind. Nicht EU-Bürger*innen sollen bei Bürgerentscheiden EU-Bürger*innen gleichgestellt werden.

Der Bürgermeister der Universitätsstadt Siegen wird gebeten, diese Resolution an die betreffenden Stellen des Landes Nordrhein-Westfalen weiterzuleiten.

Beratungsergebnis: 35 Stimmen dafür, 28 dagegen, 2 Enthaltungen

20. Rat 21.12.2022

4. Abschließende Feststellung der Zulässigkeit des Bürgerbegehrens gemäß § 26 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW)
"Keine Schulschließungen zugunsten einer weiteren Gesamtschule!"

Vorlage Nr. VL 1170/2022

Herr Pfeifer gibt bekannt, die SPD-Fraktion werde den Bürgerentscheid unter TOP 4. öT für zulässig erklären. Den dazugehörigen Antrag der GfS-Fraktion zur Sperrwirkung werde man ablehnen. Unter TOP 5. werde man sich dem Bürgerbegehren nicht anschließen. Man schlage daher vor unter TOP 5. den Beschlussvorschlag so abzuändern, dass dem Bürgerbegehren nicht entsprochen und die Durchführung eines Bürgerentscheides beschlossen werde. Auch hier, kündigt er an, werde seine Fraktion den GfS-Antrag zur Aufhebung des Ratsbeschlusses ablehnen.

Herr Sondermann geht auf die im GfS-Antrag zu TOP 4. öT dargestellte Meinung ein, wonach sich das Bürgerbegehren auch nach Ansicht seiner Fraktion gegen den kompletten Ratsbeschluss zur Einrichtung einer vierten Gesamtschule richte. Dies gehe auch aus dem Antrag der Bürgerinitiative hervor, wonach man sich gegen die Entscheidung des Rates positioniere. Er ist der Ansicht, das Bürgerbegehren ergebe nur Sinn, wenn sich die Sperrwirkung auf den gesamten Ratsbeschluss beziehe.

Herr Mues stellt klar, dass Grundlage für die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens eine eindeutig und klar formulierte Frage sei und nur diese Frage für die Sperrwirkung zähle. Nur für diese Frage - welche ausschließlich den Erhalt des dreigliedrigen Schulsystems beinhalte - haben die Siegener Bürgerinnen und Bürger ihre Unterschriften abgegeben. Auch seitens der Petenten habe es geheißen, dass sich das Bürgerbegehren ausdrücklich nicht gegen die vierte Gesamtschule richte.

Kernwesen eines Bürgerbegehrens sei es, ergänzt Herr Werthenbach, das Begehren so konkret wie möglich zu beschreiben. Dies sei hier mit der Frage „Sollen Haupt- und Realschulen in Siegen erhalten werden?“, welche bei einem möglichen Bürgerentscheid zur Abstimmung gestellt werde, erfolgt. Es gehe also nicht darum, ob eine vierte Gesamtschule errichtet werden dürfe oder nicht. Um die Gefahr einer formellen Rechtswidrigkeit abzuwenden, müsse man sich hier ganz genau an dem Wortlaut der zur Abstimmung gestellten Fragestellung orientieren.

Unter TOP 4. öT werde man die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens anerkennen, teilt Herr Wittenburg für die Volt-Fraktion mit.

Auch die UWG-Fraktion werde für die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens stimmen, gibt Herr Bell bekannt.

Herr Schiltz stellt in Frage, ob man im Beschlussvorschlag den selbstgewählten Titel des Bürgerbegehrens „Keine Schulschließung zugunsten einer weiteren Gesamtschule“ durch die letztendlich zur Abstimmung gestellte Fragestellung „Sollen Haupt- und Realschulen in Siegen erhalten werden?“ ersetzen sollte, um mehr Klarheit zu schaffen.

Da klar zuordenbar sei, um welches Bürgerbegehren es sich handle und aus den dazu eingereichten Unterlagen die Fragestellung klar hervorgehe, sieht Herr Mues keine Bedenken, über den verwaltungsseitig vorgegebenen Beschlussvorschlag so abstimmen zu lassen.

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen stellt abschließend die formelle Zulässigkeit des Bürgerbegehrens "Keine Schulschließungen zugunsten einer weiteren Gesamtschule!" fest.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 3 Enthaltungen (AfS + H. Klein)

20. Rat 21.12.2022

**Zu 4. Antrag zu TOP 4 der GfS-Fraktion
"Sperrwirkung Bürgerentscheid"**

Beschluss

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Durchsetzung der Sperrwirkung auf den gesamten Beschluss [Punkte 1 — 3] zur Errichtung einer vierten Gesamtschule zum Schuljahr 2023/2024 Vorlage Nr. VL 946/20221 aus der Sitzung des Rates vom 15.06.2022.

Beratungsergebnis: mehrheitlich dagegen, 13 dafür, 2 Enthaltungen

20. Rat 21.12.2022

**5. Sachliche Entscheidung zum Bürgerbegehren und weiteres Verfahren gemäß § 26
Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) - "Keine Schulschließungen
zugunsten einer weiteren Gesamtschule!"**

Vorlage Nr. VL 1169/2022

Herr Petin stellt sich als einer der Vertretungsberechtigten des Bürgerbegehren - neben Frau Sandra Dröbler und Herrn Hermann Hellmann - vor.

Er gibt einen kurzen Rückblick auf die Unterschriftensammlung für das Bürgerbegehren, in deren Rahmen fast 8.000 Unterschriften gesammelt wurden und bedankt sich herzlich bei allen Unterschriftensammlern sowie den Bürgerinnen und Bürgern und berichtet aus Gesprächen mit diesen.

Er fordert den Rat auf, nun die aus Sicht der Bürgerinitiative falsche Entscheidung aus Juni 2022 zurückzunehmen. Des Weiteren kritisiert er die soeben getroffene Entscheidung bezüglich des GfS-Antrags zur Sperrwirkung unter TOP 4. öT, welche zeige, dass der Wille der Bürgerinnen und Bürger nicht ernstgenommen werde.

Die vierte Gesamtschule werde keinen Erfolg haben, da sich die Eltern eher für bewährte und erfolgreiche Schulen entscheiden werden.

Über die Frage „Sollen Haupt- und Realschulen erhalten werden?“ werde erst bei dem Bürgerentscheid entschieden. Geleistete Unterschriften im Rahmen des Bürgerbegehrens haben sich nur dafür ausgesprochen, dass ein Bürgerentscheid zu dieser Frage stattfinden solle, stellt er klar. Personen, die unterschrieben haben können durchaus auch inhaltlich gegen den Erhalt der Haupt- und Realschulen sein.

Man fürchte den Bürgerentscheid nicht, denn das benötigte Quorum zu erreichen, werde kein Problem darstellen. Die Durchführung des Bürgerentscheids sei daher eine überflüssige Ressourcenverschwendung.

Abschließend appelliert er nochmals an die Mitglieder des Rates, den Ratsbeschluss aus Juni 2022 zurückzunehmen. Die Bürgerinnen und Bürger ruft er dazu auf, sich an einem eventuell stattfindenden Bürgerentscheid zu beteiligen.

Herr Wittenburg stellt in Frage, ob wirklich jede geleistete Unterschrift eine Zustimmung für einen Bürgerentscheid darstelle. Die Volt-Fraktion werde für einen Bürgerentscheid stimmen und gegen den GfS-Antrag zur Aufhebung des Ratsbeschlusses. Er appelliert an die Fraktionen und an die Initiatoren, sich einem sachlichen Wahlkampf zu stellen.

Die Fraktion B'90/Grüne werde dem Bürgerbegehren nicht entsprechen, so Frau Pflogsch. Mit dieser Entscheidung werde vor allem der Zweck verfolgt, dass ein Bürgerentscheid also ein repräsentatives, demokratisches Mittel, genutzt werde. Sie weist auf die bereits durch das Anmeldeverhalten der Eltern in den letzten Jahren getroffene Entscheidung hin. Hierdurch haben die Betroffenen selbst demokratisch entschieden und es wurde nicht über deren Köpfe hinweg entschieden. Man spreche sich insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Haupt- und Realschulen aufgrund der geringen Anmeldezahlen nicht erhalten werden können, gegen den GfS-Antrag (Aufhebung des Ratsbeschlusses) aus.

Herr Pfeifer stellt die bekannten Gründe dar, weshalb die Haupt- und Realschulen in Siegen geschlossen werden müssen und geht dabei auf die niedrigen Anmeldezahlen sowie die jährlichen Kosten ein, die beim Erhalt der Haupt- und der beiden Realschule entstehen.

Insbesondere angesichts der vielen gesammelten Unterschriften werde man sich dem GfS-Antrag zur Rücknahme des Ratsbeschlusses anschließen, gibt Herr Schoew für die FDP-Fraktion bekannt.

Auch, wenn die AfD-Fraktion dem Bürgerbegehren inhaltlich und vom Grundsatz her in vollem Umfang zustimme sei Fakt, dass für Haupt- und Realschulen nicht mehr genügend Anmeldungen vorliegen. Herr Schwarzer führt weiter aus, dass seine Fraktion dieses Faktum ignorierend jedoch für den Erhalt der Haupt- und Realschulen stimmen werde und erläutert die Erhaltenswürdigkeit des dreigliedrigen Schulsystems. Seine Fraktion werde folglich für das Bürgerbegehren und für den GfS-Antrag (Aufhebung des Ratsbeschlusses) votieren.

Die UWG-Fraktion werde dem Antrag der GfS-Fraktion zustimmen, so Herr Bell. Seiner Meinung nach sei es nicht zulässig, die Haupt- und Realschulen auslaufen zu lassen, solange die vierte Gesamtschule noch nicht genehmigt wurde.

Herr Sondermann sieht keine Mehrheit für den GfS-Antrag. Seine Fraktion werde daher für das Bürgerbegehren stimmen. Da er sich sicher sei, dass ein Bürgerentscheid positiv für den Erhalt der Haupt- und Realschulen ausgehe, wünsche er sich, die Mehrheit des Rates möge ebenfalls dem Bürgerbegehren entsprechen, um die Kosten für die Durchführung des Bürgerentscheids einzusparen.

Die Abstimmung sei bereits durch die Anmeldezahlen in den letzten Jahren erfolgt, so Herr H. Klein. Zur finanziellen Argumentation seines Vorredners weist er darauf hin, dass vor allem das Offenhalten von Schulen, in die keiner mehr geht, Kosten verursache.

Herr Heilmann kritisiert die Art und Weise, mit der seiner Erfahrung nach teils mit Fehlinformationen die Unterschriften für das Bürgerbegehren gesammelt worden seien.

Herr Groß erinnert daran, dass seit vielen Jahren Haupt- und Realschulen schlecht nachgefragt wurden und es dreistellige Ablehnungszahlen bei den Gesamtschulen gegeben habe. Man müsse hier nicht die Qualität der Schulformen, sondern Quantitäten beurteilen. An einer Gesamtschule sei es möglich einen Hauptschul-, einen Realschul- und einen Gymnasialabschluss zu machen. Die Fraktion B'90/Grüne spreche sich für die Durchführung eines Bürgerentscheids aus.

Auf Nachfrage von Herrn Schoew erläutert Herr Schmidt, dass derzeit noch keine Genehmigung für die vierte Gesamtschule vorliege, jedoch keine Gründe gegen eine solche sprechen. Man gehe daher davon aus, dass die Genehmigung in den kommenden Tagen erteilt werde. Sofern man sich heute mehrheitlich gegen das Bürgerbegehren (= *für die Durchführung eines Bürgerentscheids*) ausspreche und den GfS-Antrag ablehne, werden die genehmigten Schulen in das Anmeldeverfahren gehen; die Gesamtschulen in ein vorgezogenes. Aufgrund der Sperrwirkung für den Auslaufbeschluss würden dann auch die Haupt- und Realschulen mit in das reguläre Anmeldeverfahren gehen.

Die CDU-Fraktion spreche sich für die Durchführung eines Bürgerentscheides und somit gegen das Bürgerbegehren aus, teilt Herr Patt mit. Auch wenn seine Fraktion von dem traditionellen dreigliedrigen Schulsystem überzeugt sei, hindere dies nicht daran, die Augen nicht vor der konkreten Situation in Siegen zu verschließen.

Herr Könen stellt klar, dass die FDP-Fraktion nicht gegen die Gesamtschulen, sondern für den Erhalt der Haupt- und Realschulen sei. Ein Vorschlag dazu sei die Erweiterung der dritten bereits bestehenden Gesamtschule, um die bisher abgelehnten Kinder doch dort aufnehmen zu können.

Herr Mues lässt zunächst über den Beschlussvorschlag der Verwaltung in der von Herrn Pfeifer unter TOP 4. ÖT vorgeschlagenen Form abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt dem Bürgerbegehren "Keine Schulschließungen zugunsten einer weiteren Gesamtschule!" nicht zu entsprechen und legt den Termin für den Bürgerentscheid auf den 01.03.2023 fest.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich Stimmen dafür, 15 dagegen, eine Enthaltung

20. Rat 21.12.2022

Zu 5. Antrag zu TOP 5 der GfS-Fraktion**"Aufhebung des Beschlusses zur Errichtung einer vierten Gesamtschule"****Beschluss**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Aufhebung des Beschlusses zur Errichtung einer vierten Gesamtschule zum Schuljahr 2023/2024 [Vorlage Nr. VL 946/20221 aus der Sitzung des Rates vom 15.06.2022].

Beratungsergebnis: mehrheitlich dagegen, 14 Stimmen dafür, 2 Enthaltungen

20. Rat 21.12.2022

6. Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2023

Vorlage Nr. VL 1187/2022

Zur Einbringung nehmen Bürgermeister Mues und Stadtkämmerer Cavelius Stellung:

Bürgermeister Steffen Mues

- Es gilt das gesprochene Wort -

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

der Haushalt 2023 wird in die Geschichtsbücher eingehen. Ich glaube das kann man wirklich so sagen, denn wir sind seit 1994 in der Haushaltssicherung – ja wir waren sogar drei Jahre im Nothaushalt. Während früher die Haushaltssicherungskonzepte, wenn es nicht passte, einfach mal verlängert wurden, ist das jetzt zum einen nicht mehr möglich und zum anderen auch nicht mehr nötig. Denn wir haben konsequent das im Jahre 2015 gesteckte Ziel 2022 den Haushalt auszugleichen verfolgt und gehalten.

Nach dem Entwurf des Haushaltes 2022 sind wir sicher, dass auch der Abschluss 2022 positiv ausgehen wird - sehr positiv sogar. Das bedeutet, weil wir auch für den Haushaltsplan 2023 einen Entwurf vorlegen können, der mit einer guten schwarzen Null abschließt, dass wir nach 29 Jahren kein Haushaltssicherungskonzept mehr aufstellen müssen, sondern dass wir den Haushalt bei der Kommunalaufsicht nur noch anzeigen müssen. Das meine Damen und Herren in einem Jahr, in dem die Krisen sich quasi stapeln. Ohne, dass eine zu Ende ist, kommen neue hinzu, die sogar zu zusätzlichen finanziellen Belastungen führen. Das ist schon erstaunlich. Wie konnte es zu so einer positiven Entwicklung kommen?

Das eine ist - und das möchte ich an dieser Stelle wirklich sagen - ein konsequenter Sparkurs, um die Vorgaben des Haushaltssicherungskonzeptes einzuhalten. Da darf dann natürlich auch mal stark gerungen werden. Ich erinnere an die Haushaltsplanberatungen im letzten Jahr 2022, als wir sogar die Verabschiedung um einen Monat verschieben- quasi die Notbremse ziehen- mussten, damit der Haushaltsausgleich tatsächlich auch gelingen kann. Aber das ist dann auch nötig, um ein solches Ergebnis zu haben. Daher möchte ich auch der Politik danken, die in den letzten Jahren sehr konsequent daran gewirkt hat, dieses Ziel 2022 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, damit wir bei den nach Haushaltsplanentwurf 2023

nicht mehr in der Haushaltssicherung sind, mitgewirkt hat und alles getan hat, damit das auch gelingt.

Dennoch, und das möchte ich an dieser Stelle sagen, wir haben und auf diesem Sparweg nicht „kaputtgespart“. Es wurde weiter investiert, es wurden weiterhin Räumlichkeiten und Gebäude saniert. Es wurde auch massiv in die Vereinslandschaft investiert und das auf hohem Niveau. Wir haben auch nicht übermäßig Steuererhöhungen durchführen müssen. Das waren relativ kleine Stellschrauben, die wir drehen mussten, damit das z. B. im letzten Jahr gelingen konnte. Und das Erstaunliche: Das alles bei extrem niedrigen Gebühren, da wo wir Gebührenhaushalte haben. Ich erinnere an die Kitagebühren. Meine Damen und Herrn, 48 Mio. € werden wir im Jahr 2023 für die Betreuung unserer Kinder in Kitas oder in anderen Betreuungsformen im Haushalt stehen haben. 48 Mio. €! Dem stehen 1,4 Mio. € Elternbeiträge gegenüber. Das ist schon ein deutliches Zeichen für eine äußerste Familienfreundlichkeit in unserer Stadt. Wenn Sie sich die Kita Gebühren landesweit einmal ansehen, werden Sie feststellen, dass die weiterhin auf einem extrem niedrigen Niveau sind und dass wir wirklich keinem Vergleich aus dem Weg gehen müssen. Das Gleiche gilt im Übrigen für die Abwasser- und Müllgebühren. Auch da gehören wir zu den Kommunen, die im Verhältnis sehr sehr wenig die Bürger belasten. Und wenn Sie sich die Bescheide mal ansehen, dann werden Sie feststellen, dass die Gebühren heutzutage in Teilen sogar höher sind, als die Steuern. Von daher: Wir sind auf einem guten Weg und das führt und eben zu dieser positiven Situation. Das Ganze hängt aber – und das möchte ich an dieser Stelle auch mal sagen, weil das immer mal wieder in eine Schiefelage in der politischen Diskussion geraten ist – es liegt natürlich auch an der Wirtschaftsförderungspolitik und an der Gewerbeflächenpolitik in dieser Stadt. Das macht sich jetzt bezahlt meine Damen und Herren. Wir haben jetzt einen starken Branchenmix. Anstatt wie früher ausschließlich von Stahl und Eisen oder mit dem Maschinenbau, der ganz eng mit Stahl und Eisen in der Ausrichtung verbunden war, abhängig zu sein, haben wir jetzt einen Branchenmix über viele, viele Branchen und unterschiedliche Bereiche hinweg. Sodass, wenn ein Bereich mal schwächelt, die Gewerbesteuer nicht vollständig einbricht. Und genau an einer solchen Stelle sind wir nämlich jetzt. Wir haben 2023 absolute Rekordeinnahmen bei der Gewerbesteuer und das in einem Jahr, in dem eigentlich alle Prognosen genau das Gegenteil vorhersagen. 85 Mio. €! Das ist schon enorm. Das sind 12 Mio. € mehr, als wir geplant haben. Ein Rekordwert für Siegen. So hohe Gewerbesteuern hatten wir noch nie, noch nicht einmal in dem sensationellen Jahr 2008 als wir zunächst mit einer riesigen Gewerbesteuerhöhe quasi aus der Haushaltssicherung hervorgeschossen sind, um dann direkt in den Nothaushalt zu gehen, als die Finanzkrise von einem auf den anderen Tag über uns kam und ich glaube wir waren von 83 Mio. € auf 49 Mio. € heruntergegangen. Aber eine solche Situation haben wir aktuell nicht.

Und da sind wir jetzt auch schon bei dem zweiten Punkt meiner Ausführung. Von 12 Mio. € Gewerbesteuer kommen wir jetzt zum Thema Kreisumlage. Denn von diesen 12 Mio. € plant der Kreis 8 Mio. € quasi über die Kreisumlage wieder ein – und zwar für sich. Das ist schon ein gewisses rücksichtsloses Verhalten, bei der Festsetzung der Kreisumlage. Man könnte sogar sagen, das nimmt mittlerweile skandalöse Züge an. Ohne prozentuale Erhöhung der Kreisumlage, müssen wir bereits 2 Mio. € mehr an den Kreis bezahlen, als wir das im letzten Jahr getan haben. Ohne prozentuale Erhöhung! Aber der Kreis plant mit einer stolzen Kreisumlage von 35,3 %, das heißt für die Stadt Siegen eine Erhöhung auf 78,8 Mio. € Kreisumlage. Das sind 8 Mio. € mehr als im Jahr 2022. Das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen. Wir sind also bei ca. 79 Mio. €. Ich will mal ein bisschen Revenue passieren lassen: Als

ich 2003 als Beigeordneter bei der Stadt Siegen angefangen habe, waren es 30 Mio. €, jetzt 79 Mio. €. Als ich Bürgermeister wurde 2007, waren es 45 Mio. €, jetzt wie gesagt 79 Mio. €. Das sind schon Erhöhungen, die sind eigentlich nicht mehr nachvollziehbar logisch zu erklären. Und die Zahlen zeigen eindeutig, dass hier gegen das Rücksichtnahmegebot gegenüber den Kommunen verstoßen wird.

Es lohnt sich vielleicht auch mal ein Blick auf die Jahresergebnisse des Kreises in den vergangenen Jahren. Seit 2010 hat der Kreis jedes Jahr drastische Überschüsse erwirtschaftet. In Summe rund 90 Mio. € seit 2010. Natürlich Beträge, die zuvor den Kommunen abgeknöpft worden sind. Wer sich auf diese Art und Weise Geld besorgt, der kann auch mal locker sein Vermögen verprassen. Ich erinnere mal an das Stichwort RWE Aktien. Die sind im Jahr 2018 zu einem Kurs von unter 20 € verscherbelt worden. Und zwar aus ideologischen Gründen, nicht aus sinnvollen wirtschaftlichen Gründen. Teile dieser Aktien sind für 100 € gekauft worden und für etwas über 19 € sind diese Aktien dann verkauft worden. 2,4 Mio. €* Aktien zu 19 €. Heute ist der Kurs 41 €. Differenz: 50 Mio. €. In dieser Zeit hätte man übrigens auch gut 10 Mio. € Dividende aus den REW Aktien holen könne. 50 Mio. € einfach verprasst aus ideologischen Gründen zu einem Zeitpunkt, als schon klar war, dass der Atomausstieg kommen würde, dass RWE auch aus der Braunkohleverstromung aussteigen würde und dass RWE der drittgrößte Produzent von erneuerbaren Energien in Europa ist. Trotzdem aus ideologischen Gründen mussten 50 Mio. € vernichtet werden. Und wenn wir vom Einstandskurs ausgehen, dass sind wir bei weit über 100 Mio. €. Aber wie gesagt: Kann man sich ja bei den Kommunen zurückholen.

Meine Damen und Herren, ich denke es wird Zeit, dass der Kreis endlich überlegt, wieder zu einer ordnungsgemäßen Haushaltsführung ohne übermäßige Belastung der Kommunen zurückzukehren.

Ja, ich will aber auch nicht das Land hier völlig außenvorlassen bei meiner Kritik. Auch da erfahren wir durchaus Gegenwind. Ich will hier auf die Flüchtlingssituation noch einmal eingehen. Die Stadt Siegen hat immer - wirklich immer - geholfen, wenn zu helfen war. Ich weiß noch im Jahr 2015 da kam freitags ein Anruf, wir müssten 300 Flüchtlinge aufnehmen und dafür schnellstmöglich Plätze schaffen und am Samstag stand die Flüchtlingsunterkunft und wir haben die 300 Flüchtlinge aufgenommen. Wir haben immer aufgenommen, wenn man und gebeten hat. Wir haben dem Land geholfen, wir haben das Land unterstützt. Es gibt verschiedene Quoten, auf deren Basis die Flüchtlinge zugewiesen werden. Wir erfüllen die Quote der Wohnsitzauflage zu fast 200 %. Das ist Platz 6 in NRW von 396 Kommunen. Mehr als 300 Kommunen erfüllen die Wohnsitzauflage zu 50 % oder viel weniger. Auch bei uns im Kreisgebiet gibt es Kommunen, die erfüllen die Wohnsitzauflage zu 20 %. Wir erfüllen sie zu 200 %. Bei den Ukraine-Flüchtlingen gibt es eine weitere Quote, die ermittelt wird. Hier erfüllen wir die Quote zu 150 %. Das sind immerhin 150 Ukraine-Flüchtlinge mehr, als wir eigentlich aufnehmen müssten. Trotzdem werden uns die Flüchtlinge weiter genauso nach den gleichen Quoten zugewiesen wie allen anderen Kommunen, anstatt beide Quoten zu verschneiden, zusammenzufassen und dann den Kommunen, die drastisch zu wenig haben, auch mal Flüchtlinge zuzuweisen. Das ist nicht solidarisch. Da erwarte ich einfach vom Land, dass sie endlich dazu übergeben, ein faires Verteilungssystem zu finden, damit wir nicht überbelastet werden, denn unsere Unterbringungsmöglichkeiten sind im Großen und Ganzen aktuell erschöpft. Von daher eine große Bitte an das Land - denn eins muss man wirklich sagen, so ausnahmefähig wir sind und so sehr wir auch gerne unterstützen: Natürlich ist das auch immer mit extremen Kosten verbunden. Das sind ja auch Integrationskosten für die

Zukunft, die anfallen werden. All das kriegen wir ja nicht ersetzt. Von daher der Appell auch ans Land hier endlich für eine faire Verteilung zu sorgen, damit das ganze eben auch nicht in einzelnen Kommunen, die immer bereitstanden und immer unterstützt haben, irgendwann zum Kollaps führt.

Meine Damen und Herren, ich möchte mich heute nicht auf das weltpolitische Geschehen im Rahmen meiner Haushaltseinbringung konzentrieren, sondern wirklich nur auf diese drei wesentlichen Punkte hinweisen:

1. Endlich keine Haushaltssicherung mehr – das ist gut.
2. Kreisumlage: Wir erwarten ein faires Verhalten mit Rücksichtnahme des Kreises.
3. Vom Land erwarten wir eine faire Verteilung der Flüchtlinge auf die Kommunen, sodass wieder eine interkommunale Solidarität entsteht.

Meine Damen und Herren, soviel zu meiner Einbringungsrede. Ich übergebe jetzt an den Kämmerer, der das Zahlenwerk ein bisschen detaillierter wie immer mit einer Power-Point-Präsentation vorstellen wird. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

Stadtkämmerer Wolfgang Cavelius

- Es gilt das gesprochene Wort -

- Die Power-Point-Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigelegt -

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren des Rates,
liebe Bürgerinnen und Bürger,
werte Vertreterinnen und Vertreter der Medien,

in diesen schwierigen Zeiten von Krieg, Energiekrise, Materialengpässen und immer auch noch Pandemie einen Haushalt aufzustellen, der den Grundsätzen von Wahrheit und Klarheit entspricht, ist ein nahezu unmögliches Unterfangen. Aber nach 2022 ist auch der Haushalt 2023 auf dem Papier ausgeglichen. Da auch das voraussichtliche Ergebnis des letzten vom Haushaltssicherungskonzept umfassten Haushaltsjahres 2020 wegen der erstaunlichen Entwicklung der Gewerbesteuer deutlich positiv ist, zitiere ich meinen Abteilungsleiter wie folgt: „Mittlerweile bin ich jetzt 23 Jahre hier in der Kämmererei und jetzt endlich raus aus dem Haushaltssicherungskonzept.“

Gleichwohl müssen die internen Konsolidierungsanstrengungen aufrecht erhalten bleiben und da habe ich angesichts immer neuer Forderungen, die mit erheblichen Kosten verbunden sind und mit Folgekosten verbunden sein werden so meine Zweifel. Vor diesem Hintergrund der Finanzierung hoher Standards in vielen Lebensbereichen in unserer Stadt nunmehr die Haushaltseckdaten im Einzelnen:

2022 hatten wir mit einem Überschuss von 1,9 Mio. € geplant für 2023. Das strukturelle Defizit liegt bei 8,7 Mio. € und wir konnten und einen „Corona-Schaden“ von 10,6 Mio. € aufschreiben. Nunmehr werden die Zahlen natürlich verifiziert - weil aktueller - und der heute eingebrachte Haushaltsentwurf hat ein strukturelles Defizit von rund 10 Mio. €. Unter Isolierung des „Corona-Schadens“ und der kriegsbedingten Folgelasten von rund 11 Mio. € ist ein Plus von knapp 1 Mio. € zu verzeichnen.

Die gute Nachricht: Eine Erhöhung der Steuerhebesätze des Vorjahres ist jedoch zunächst entbehrlich.

Die Beratungen des Haushaltes sind ab Mitte Januar 2023 vorgesehen. Die Beschlussfassung soll dann am 22.02.2023 folgen.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, das Haushaltsvolumen steigt um mehr als 30 Mio. € auf dann knapp 380 Mio. € an. Ursächlich hierfür sind höhere Personalkosten (+ 3,1 Mio. €), höhere Energiekosten (+ 5,5 Mio. €), Ukraine-Flüchtlinge (+ 1,8 Mio. €), die Kreislage im Vergleich zur Veranschlagung in 2022, wo wir eine Rückstellung bilden konnten (+ 9,2 Mio. €) und auch die Zinsen werden deutlich steigen (+ 1,3 Mio. €).

Wie können wir das kompensieren? Zum einen steigen die Schlüsselzuweisungen des Landes deutlich um 12 Mio. € gegenüber 2022 und durch einen außerordentlichen Ertrag aus der bereits angesprochen Bilanzierungshilfe für pandemie- und kriegsbedingte Haushaltsbelastung. Hier ist interessant, zu sehen, wie ein solcher „Buchhaltungstrick“ letztendlich dazu führt, dass nicht fast alle Kommunen krisenbedingt in die Haushaltssicherung abrutschen werden.

Wie wird der berechnet? Wir haben bei Corona in 2020 ein gewisses Steueraufkommen angenommen. Wir haben jetzt ein Steueraufkommen in 2023, dass verlässlicher geschätzt werden kann und die Differenz dessen dürfen wir uns als „Corona-Schaden“ aufschreiben. Das ist so bei der Einkommens- und der Umsatzsteuer und es gibt auch noch einen gewissen Sachaufwand für Masken, Schnelltests usw. i. H. v. rund 90.000 €. Bei den kriegsbedingten Folgekosten sind insbesondere im Gesetz angesprochen die Flüchtlingsbedingten Kosten und die gestiegenen Energiekosten. Bei den tatsächlichen gestiegenen Energiekosten (5,4 Mio. €) nehmen wir 80% einfach mal als Schaden an, nichtwissend, wie letztendlich die verschiedenen Preise, Preisdeckel und Preisbremsen wirken werden. So kommen wir auf einen außerordentlichen Ertrag von 11 Mio. €.

Erfreulich stimmt mich die Darstellung auf Folie 5, wo anschaulich dargestellt ist, „wo kommen wir eigentlich her?“ und „Was haben wir in der Zwischenzeit bewirkt?“. Seit 2021 mindestens die schwarze Null. In 2022 werden wir vermutlich ein positives zweistelliges Millionenergebnis erzielen und dann darüber hinaus in den Folgejahren der Finanzplanung - so wie es zunächst mindestens mal aussieht – Überschüsse erzielen zu können.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, wie sich die ordentlichen Erträge und Aufwendungen zusammensetzen und zu deren Erläuterungen verweise ich auf den Vorbericht, der Ihnen ja zugegangen ist. Dort wird im Einzelnen beschrieben, wie das zustande kommt. Zudem steht mein Angebot: Ich komme in jeder Ihrer Haushaltsfraktionssitzungen, um spezielle Fragen zu beantworten und darüber hinaus das Angebot, rufen Sie mich bei Fragen an. Ich möchte ausdrücklich darum werben, dass wir insbesondere im Vorfeld der Haushaltsberatungen, dann auch in den Fachausschüssen nicht unnötig Schleifen drehen müssen, um offenstehende Fragen direkt beantworten zu können.

Im Einzelnen aber nun zwei drei Punkte, die ich ansprechen muss:

Haushaltsansatz bei der Gewerbesteuer 2022: 69 Mio. €; es werden Stand jetzt knapp 85 Mio. €, das höchste in Siegen je erzielte Ergebnis.

Der Blick in die Zukunft ist jedoch in der aktuellen Gemengelage so schwierig wie nie zuvor. Ist er doch von ganz vielen Aspekten, beginnend mit der Einschätzung der Konjunkturerwicklung bis hin zum Branchenmix in der jeweiligen Region abhängig. Nach Auswertung aller

verfügbaren Orientierungsdaten erscheint aus heutiger Sicht eine Ansatzbildung von 75 Mio. € realistisch zu sein. Das Ergebnisrisiko in diesem Ansatz liegt bei 4,5 Mio. €. Nochmal als Replik zum Corona-Schaden: Wir hatten seinerzeit geplant für 2023 70,5 Mio. €. Also alles, was unter 70,5 Mio. € liegt, können wir als Corona-Schaden isolieren.

Auf der Aufwandsseite entsteht nach wie vor erheblicher Konsolidierungsdruck durch Kostensteigerung im Sozialbereich, im Personalbereich aber auch mittlerweile im konsumtiven Bereich und insbesondere durch die weiter steigende Kreisumlage. Der Beschluss des Kreistages über die Höhe des Umlagesatzes ist verschoben worden auf Januar. Man hört, es sollen 35 Prozentpunkte werden. Für die Stadt Siegen, die ohnehin schon über 42% an der gesamten Kreisumlage trägt, würde das ein Transferaufwand von 78,1 Mio. € bedeuten. Ich habe Ihnen hier mal die verschiedenen Variationen für das Jahr 2023 aufgezeigt (Folie 9), was es für die Stadt Siegen bedeutet, wenn der Umlagesatz um 0,1 % steigt. Das sind 200.000 € - oder anders $1\% = 2 \text{ Mio. €}$. Im Anhörungsverfahren sind mehr oder weniger alle tragfähigen Argumente der Bürgermeisterkonferenz den Umlagesatz auf 33 % zu senken, abgeschmettert worden. Veranschlagt sind nunmehr in unserem Haushalt 76,5 Mio. €, die einem Umlagesatz von 34,3 % entsprechen, veranschlagt. Das hat sich in Vorgesprächen auch mal so angedeutet. Wir gehen also mit 1,6 Mio. € ins Risiko oder, um es plastisch auszudrücken, mit +45 Prozentpunkten bei der Grundsteuer B.

Risiken, die der Kreis offensichtlich scheut. Viel mehr sind im Kreishaushalt die kriegsbedingten Folgekosten trotz gesetzlicher Verpflichtungen nur mit den SGB II Mehrbelastungen veranschlagt. Hat der Kreis keine Ausgaben für Energie?

Wegen der mangelnden Solidarität und der Missachtung des Rücksichtnahmegebotes denke ich mehr als laut über eine gerichtliche Überprüfung des Umlagesatzes nach.

Die Erträge und Aufwendungen nach Produktbereichen, das sind die Bereiche, die Ihnen zeigen, wo die Stadt Siegen ihre Schwerpunkte im Sinne von Leitbildern setzt. Das sind insbesondere die Kinder-, Jugend- und Familienhilfe und die Verkehrsflächen und –anlagen sowie ÖPNV.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, wenn ich mir den Finanzplan anschau, dann habe ich ein paar Bedenken und Sorgen. Insbesondere ist zu sehen, dass nach Jahren der Stagnation sogar der Rückflüsse die Liquiditätskredite voraussichtlich wieder um 7 Mio. € steigen werden. Wir kommen im Jahre 2015 von 250 Mio. € Liquiditätskredite. Ende des Jahres werden wir unter 199 Mio. € liegen. Es gilt insbesondere, diese Tendenz weiter fortzusetzen, weil die Zinsen steigen. Die Zeit der Minuszinsen, wo wir sechstellige Beträge verdient haben mit Schulden, die sind vorbei. Das aktuelle Zinsniveau liegt bei 2,5 %. Was dies für die Gesamtverschuldung aus Liquiditätskrediten und Investitionskrediten von über 300 Mio. € bedeutet, können Sie sich ganz leicht ausrechnen.

Auf der investiven Seite weisen wir Investitionen von 41 Mio. € aus. Ich verweise auch hier auf den Vorbericht. Dort sind alle Maßnahmen ab 100.000 € aufgelistet. Sie summieren sich alleine auf 36 Mio. €. In der Mittelfristigkeit fehlen wegen der noch nicht gegebenen Veranschlagungsreife große Baumaßnahmen wie etwa der Neubau des Hallenbades Weidenau, für den wir aber in 2023 Planungskosten in Höhe von 1,3 Mio. € bereitstellen. Was auch noch fehlt ist der Ansatz für die Erneuerung der Straßenbeleuchtung. Da wird über eine Änderungsvorlage 1 Mio. € für eine erste Tranche nachzufinanzieren sein in 2023. Inwieweit es

gelingt diese hohen Investitionssummen in 2023 tatsächlich umzusetzen bleibt abzuwarten, zumal ja auch in den Folgejahren hohe Investitionsvolumina vorgesehen sind.

Zur Entwicklung der Investitionskredite: Hohe Investitionen bedürfen einer Refinanzierung und das ist leider meistens nur möglich über eine entsprechende Verschuldung. 21 Mio. € Kreditaufnahme sind für 2023 vorgesehen. Gleichzeitig werden knapp 7 Mio. € getilgt. Also eine Erhöhung der investiven Gesamtverschuldung um 15 Mio. €. Diese würde die Gesamtsumme der Investitionskredite dann in Richtung 110 Mio. € bewegen. Es bleibt jedoch abzuwarten, wie die tatsächliche Entwicklung sein wird.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, die Stadt verlässt erstmals im neuen Jahrtausend das Haushaltssicherungskonzept. Der Haushalt muss insofern der Aufsichtsbehörde nur angezeigt werden. Rein materiell bleiben die alten Probleme:

- Die Personal- und Transferaufwendungen steigen Jahr für Jahr stärker, als es in der Finanzplanung vorgesehen ist.
- Die Prognosen für die Steuererträge der Planjahre sind mit vielen Unsicherheiten verbunden.
- In 2023 kommt hinzu:
 - steigende Inflation mit höheren Finanzierungskosten,
 - exorbitante Steigerungen der Energiekosten und vor allem
 - wie entwickelt sich die Lage in der Ukraine.

Es soll an dieser Stelle nicht verhehlt werden, dass der vorliegende Haushalt 2023 ertragsseitig durchaus optimistisch kalkuliert ist. Die Beachtung des Grundsatzes der kaufmännischen Vorsicht, können sich eben nur umlagefinanzierte Körperschaften leisten. Zur Sparsamkeit sind dann andere verpflichtet.

Insofern bietet dieser Haushalt und die Finanzplanung keinen Spielraum für zusätzliche Maßnahmen und Projekte allenfalls bedürfen diese einer Kompensation bzw. eines konkreten Deckungsvorschlages.

Ich komme zum Schluss:

Jedes Jahr stelle ich mir an dieser Stelle die Frage, wie die Prognose aussehen könnte. Seit 8 Jahren taumeln wir geradezu von einer Krise in die andere. Was letztlich belegt, dass die Städte und Gemeinden keine Mikroorganismen darstellen, sondern vielmehr in die globalen Verflechtungen eingebunden sind, die dann auch noch die Hauptlast der Krisenbewältigung nämlich bei den Menschen vor Ort zu tragen haben. Dass es dennoch gelungen ist, die stets avisierten Ziele „Haushaltsausgleich“, „Kein Haushaltssicherungskonzept mehr“ und „Stopp des Anstiegs der Liquiditätskredite“ - sogar Tilgung von Liquiditätskrediten - zu erreichen, das verwundert mich dann manchmal schon. Vielleicht muss man als Kämmerer auch nur einfach mal Glück haben. Gerade vor diesem Hintergrund gilt es aber, Begehrlichkeiten am finanziell machbaren auszurichten. Auch hier lautet das Stichwort über allem „Nachhaltigkeit“.

Ich bedanke mich bei allen Kolleginnen und Kollegen für die stets konstruktive Zusammenarbeit gerade in den Haushaltsberatungen und –vorbereitungen. Bei Ihnen bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit. Glück Auf!

* Herr Mues korrigiert sich zu seinen Ausführungen bezüglich der RWE Aktien: Es seien nicht 2,4 Mio. € sondern 4 Mio. € verschleudert worden.

=> *Der Rat der Stadt Siegen nimmt den Verwaltungsentwurf von Haushaltssatzung / Haushaltsplan 2023 zur Kenntnis.*

Beschluss:

Der Entwurf wird zur Einzelberatung an die Bezirks- und Fachausschüsse überwiesen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 2 Enthaltungen (AfS)

20. Rat 21.12.2022

6.1 Einbringung des Stellenplanes 2023 der Stadtverwaltung Siegen

Vorlage Nr. VL 1181/2022

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt den Verwaltungsentwurf mit

- der Stellenübersicht für den Stellenplan 2023 einschließlich Ausbildungsstellenplan und
- den Anlagen I, II und IV (Einsparstellen, Mehrstellen, Stellenumwandlungen)

zur Kenntnis und verweist ihn zur Beratung in die Fachausschüsse.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

20. Rat 21.12.2022

7. Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses, Feststellung des Jahresabschlusses 2020 und Entlastung des Bürgermeisters

Vorlage Nr. VL 1184/2022

Herr Mues verlässt den Saal aufgrund von Befangenheit und übergibt die Sitzungsleitung für die Dauer des Tagesordnungspunktes an Frau Jung.

Frau König trägt als Ausschussvorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses vor:

Sehr geehrte Anwesende,

heute liegt uns der Abschluss des Haushaltsjahres 2020 zur Feststellung und Entlastungserteilung vor. Eine Zeitaufholung bei der Aufstellung und Prüfung der städtischen Jahresabschlüsse ist nach wie vor dringend angezeigt, um zur aktuellen Rechnungslegung zu gelangen

und die Jahresabschlüsse auch für Steuerungszwecke nutzen zu können. Außerdem können so auch Probleme bei künftigen Haushaltsgenehmigungen vermieden werden. Bezüglich der Zeitaufholung möchte ich aber an dieser Stelle noch fairer Weise sagen - mit vorsichtigem Optimismus -, dass wir dort sogar mittlerweile einen besseren Weg einschlagen.

Einige Anmerkungen zum finanzwirtschaftlichen Status Quo der Stadt Siegen zum 31.12.2020:

Die Bilanzsumme des Jahres 2020 beträgt rund 1,039 Milliarden €.

Das Jahresdefizit 2020 beläuft sich auf rund 5,9 Mio. € und liegt damit erfreulicher Weise um rund 0,9 Mio. € unter dem Plandefizit der ursprünglichen Haushaltssatzung von rund 6,8 Mio. €. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass außerordentliche Erträge aus dem Ansatz der Bilanzierungshilfe gem. NKF-Covid 19 Isolierungsgesetz in Höhe von rund 7,8 Mio. € ausgewiesen werden.

Die Verschuldung der Stadt Siegen zum 31.12.2020 bezogen auf Kassen- und Investitionskredite betrug rund 329,1 Mio. €, zuzüglich der Verbindlichkeiten aus Vorgängen - die Kreditaufnahmen gleichkommen - in Höhe von rund 11,0 Mio. €. In den Jahren 2017 bis 2019 konnte die Verschuldung der Stadt Siegen jeweils in Folge reduziert werden, während im Haushaltsjahr 2020 eine Erhöhung der Verschuldung in Höhe von rund 15,3 Mio. € zu verzeichnen ist. Die resultiert unter anderem aus einer kreditfinanzierten Unternehmensbeteiligung am Stromnetz. Für 2021 ist wieder mit einer deutlichen Schuldenreduzierung zu rechnen, unter anderem durch besondere Gewerbesteuerzahlungen.

Der Stand der Kassenkredite hat sich mit rund 235 Mio. € gegenüber dem Vorjahr um rund 5 Mio. € erhöht und ist nach wie vor äußerst besorgniserregend. Auf das erhebliche Zinsrisiko für die Zukunft muss erneut hingewiesen werden.

Der Eigenkapitalverzehr in den Jahren 2009 bis 2020 beträgt rund 267,5 Mio. €. Dies sind rund 60% des in der Eröffnungsbilanz ausgewiesenen Eigenkapitals von 446,1 Mio. €.

Der Eigenkapitalausweis per 31.12.2020 beträgt noch 178,6 Mio. €. Das entspricht ca. 17% der Bilanzsumme. Der Trend des rasanten und nachhaltigen Eigenkapitalverzehrs konnte in 2017 und 2018 deutlich verlangsamt und in 2019 sogar aufgehalten werden, sodass das Eigenkapital im Vorjahr um rund 1,9 Mio. € anstieg. Im Berichtsjahr 2020 reduzierte sich das Eigenkapital gering um 1,8 Mio. €.

Hierbei ist zu berücksichtigen, dass außerordentliche Erträge aus dem Ansatz der Bilanzierungshilfe gem. NKF-Covid 19 Isolierungsgesetz in Höhe von rund 7,8 Mio. € ausgewiesen werden.

Des Weiteren war das Eigenkapital um rund 3,2 Mio. € aus der RWE Aktienbewertung nach oben zu korrigieren. Die weitere Zukunft und die exakten Corona-Auswirkungen sowie die Auswirkungen des Ukrainekrieges bleiben abzuwarten.

Ich möchte jetzt auf das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses 2020 eingehen, welches im Prüfbericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Schüllermann & Partner AG ausführlich dargestellt ist:

Prüfeschwerpunkte waren insbesondere

- Die Umsatzerlöse
- Das Anlagevermögen
- Die Rückstellungen
- Die Bilanzierungshilfe „Corona“

Die Stellungnahme des Bürgermeisters vom 07.11.2022 ist beigelegt. Der Inhalt ist zwischen Bürgermeister, Kämmerei und Rechnungsprüfungsamt abgestimmt. Die angesprochenen Beanstandungen und Hinweise werden anerkannt. Es bleibt festzuhalten, dass der Jahresabschluss 2020 ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt Siegen vermittelt.

Ebenso steht der Lagebericht im Einklang mit dem Jahresabschluss und stellt die Risiken der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung zutreffend dar, soweit dies coronabedingt und aufgrund des Ukrainekrieges abgeschätzt werden kann.

Der Rechnungsprüfungsausschuss ist dem Bericht der Prüfungsgesellschaft Schüllermann & Partner AG beigetreten und gibt gegenüber dem Rat der Stadt Siegen die gesetzlich vorgeschriebene eigene schriftliche Stellungnahme ab, welche die Prüfungshandlung sowie das Ergebnis der Prüfung des Rechnungsprüfungsausschusses darlegt. Diese können Sie explizit der heutigen Verwaltungsvorlage entnehmen.

Der Rechnungsprüfungsausschuss erklärt, dass nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung keine Einwendungen zu erheben sind und er dem vom Bürgermeister aufgestellten Jahresabschluss und Lagebericht billigt gem. § 59 Abs. 3 GO NRW.

Seitens des Rechnungsprüfungsausschusses werden die Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2020 und die Entlastung des Bürgermeisters für das Haushaltsjahr 2020 vorgeschlagen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

=> *Der Rat der Universitätsstadt Siegen nimmt den der Vorlage als Anlage 1 beigelegten Bericht der Schüllermann und Partner AG, Mainz, - Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft - über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2020 der Stadt Siegen einschließlich des erteilten uneingeschränkten Bestätigungsvermerks zur Kenntnis.*

=> *Der Rat nimmt den nachfolgenden schriftlichen Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses über die Jahresabschlussprüfung 2020 sowie die Erklärung des Rechnungsprüfungsausschusses, dass er nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung keine Einwendungen erhebt und den vom Bürgermeister aufgestellten Jahresabschluss und Lagebericht 2020 vom 12.05.2022 billigt, zur Kenntnis.*

Beschluss:

3. Der Rat stellt gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW den Jahresabschluss der Stadt Siegen zum 31.12.2020 vom 12.05.2022 mit einer Bilanzsumme in Höhe von 1.039.343.884,94 € und einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 5.931.281,80 € fest.
4. Der Rat beschließt, den Jahresfehlbetrag 2020 in Höhe von 5.931.281,80 € gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW aus der allgemeinen Rücklage abzudecken.
5. Die Ratsmitglieder der Stadt Siegen erteilen dem Bürgermeister gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW Entlastung.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

20. Rat 21.12.2022

8. Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen**8.1 Gebührenkalkulation / Kanalbenutzungsgebühren 2022**

Vorlage Nr. VL 1145/2022

Beschluss:

Der Rat beschließt die Gebührenkalkulation lt. Anlage 1.

Die Kanalbenutzungsgebühr für Schmutzwasser bleibt ab dem 01.01.2022 bei 2,20 € / m³.

Die Kanalbenutzungsgebühr für Niederschlagswasser bleibt ab dem 01.01.2022 bei 0,84 € / m².

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**20. Rat 21.12.2022****8.2 Wirtschaftsplan 2023**

Vorlage Nr. VL 1146/2022 + Antrag der Fraktion B'90/Grüne

Bezüglich des vorliegenden Antrages der Fraktion B'90/Grüne führt Herr Roth aus, dass ESI ein Fachbüro zur Erstellung eines Konzeptes zur Nutzung von regenerierbaren Energiequellen auf der Kläranlage Siegen beauftragt habe. Die Ergebnisse werden im Betriebsausschuss im März 2023 vorgestellt und beraten. ESI betreibe darüber hinaus bereits seit 2020 eine Photovoltaikanlage auf den Gebäuden der Kläranlage Siegen mit einer Nennleistung von 442 kW-Peak sowie mit eigenerzeugten Klärgasen aus drei Blockheizkraftwerken mit einer Nennleistung von 546 kW. Im Jahr 2023 laufen erhebliche Umbaumaßnahmen auf der Kläranlage Siegen. In diesem Umfeld sei es aus ihrer Sicht nicht realisierbar, 2023 weitere PV-Anlagen auf dort zu errichten. Aufgrund der vorgenannten Punkte sollten Maßnahmen ab dem Wirtschaftsjahr 2024 aufgenommen werden. Mögliche Planungsleistungen können im Rahmen des vorliegenden Wirtschaftsplanes 2023 bereits erfolgen. Sollte es wiedererwartend zur Umsetzung von Bauleistungen kommen, könne dies im Rahmen des Wirtschaftsplanes 2023 angepasst werden.

Herr Boller stellt dar, dass aus ökologischen und mittlerweile auch ökonomischen Gründen möglichst schnell Energie eingespart werden müsse. Er zeigt sich verwundert, dass im Wirtschaftsplan 2023 keine Mittel für die Umsetzung der Maßnahmen, die sich aus dem Konzept ergeben, welches ja schon im März vorgelegt werden solle, bereitgestellt seien. Die im Antrag benannten PV-Anlagen können natürlich auch gegen andere Energiesparmaßnahmen ersetzt werden. Bei der Höhe der Mittel (1 Mio. €) habe man sich an der PV-Freiflächenanlage der SVB orientiert. Eine solche Anlage würde ca. 20% des Strombedarfs bei ESI decken. Er befürchtet, dass letztlich in 2023 wenig passieren werde.

Die im Antrag aufgestellten Behauptungen seien unzureichend belegt, so Herr Schwarzer. Er bittet die antragstellende Fraktion daher offene Fragen zu klären und einen neuen faktenbasierten Antrag vorzulegen.

Der Antrag solle in den Betriebsausschuss zurückverwiesen werden und dort zusammen mit dem Konzept im März diskutiert werden, schlägt Herr Schoew vor.

Dem schließt sich Herr Schiltz an.

Herr Boller geht auf die Kritik seitens Herrn Schwarzer ein und nennt einige Zahlen, die im Antrag bewusst weggelassen wurden. Er klärt sich damit einverstanden, den Antrag in die Märzsession des Betriebsausschusses zu schieben, sofern die Mittel dann ggf. mittels Nachtragshaushalt aufgenommen werden können.

Herr Quandt stellt dar, dass es rein praktisch unproblematisch sei, dann bei Bedarf einen neuen Wirtschaftsplan zu beschließen. Fernab davon sei selbstverständlich, dass Maßnahmen, die sinnvoll in die große Umbaumaßnahme 2023 integrierbar seien, natürlich sofort umgesetzt werden. Die Finanzierung könne über Umschichtungen im Investitionsplan laufen.

Herr Mues fasst zusammen, dass im Betriebsausschuss die Maßnahmen auf Basis des Gutachtens diskutiert und ggf. beschlossen werden können. Bezüglich der Finanzierung bezieht er sich auf den Vorschlag seitens Herrn Quandt, wonach dann eine Umschichtung der geplanten Mittel erfolgen oder bei Bedarf auch ein Nachtragswirtschaftsplan beschlossen werden könne.

Die Fraktion B'90/Grüne zieht den Antrag daraufhin zurück.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Wirtschaftsplan lt. Anlagen:

1. Erfolgsplan 2023
2. 5-jähriger Vermögens-, Erfolgs- und Finanzplan
Incl. 5-jährigem Investitionsprogramm von 2023 – 2027
3. Stellenübersicht 2023

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

20. Rat 21.12.2022

8.3 Gebührenkalkulation / Kanalbenutzungsgebühren 2023

Vorlage Nr. VL 1147/2022

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die Gebührenkalkulation lt. Anlage 1 zur Vorlage.

Die Kanalbenutzungsgebühr für Schmutzwasser bleibt bei 2,20 € / m³

Die Kanalbenutzungsgebühr für Niederschlagswasser bleibt bei 0,84 € / m² .

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

20. Rat 21.12.2022

8.4 Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Kanalanschlussbeiträgen, Abwassergebühren, Kostenersatz für Grundstücksanschlüsse und Verwaltungsgebühren (Gebührensatzung - Neufassung)

Vorlage Nr. VL 1148/2022

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt zum 01.01.2023 die Neufassung der Satzung über die Erhebung von Kanalanschlussbeiträgen, Abwassergebühren, Kostenersatz für Grundstücksanschlüsse und Verwaltungsgebühren (Gebührensatzung) gemäß der der Vorlage anliegenden Fassung.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

20. Rat 21.12.2022

9. Bezuschussung Apollo Theater in den Jahren 2023-2025

Vorlage Nr. VL 1089/2022

Frau Bialowons-Sting berichtet über den Beschluss des Kulturausschusses vom 22.11.2022 und hofft auf ein positives Votum auch seitens des Rates.

Herr Könen führt aus, er stimme dem Zuschuss für das Jahr 2023 zu, bitte jedoch am Ende dieses Zeitraumes um Angaben zu den Abo-Rückgewinnungen und den Besucherzahlen. Erst dann wolle die FDP die Entscheidung über einen Zuschuss für 2024 treffen.

Herr Mues stellt kurz das Verfahren bei der Aufstellung eines Wirtschaftsplanes für ein Theater dar, welcher sich an der Theatersaison und nicht an einem klassischen Wirtschaftsjahr orientieren müsse. Es sei daher problematisch den Zuschuss nur von Jahr zu Jahr zu beschließen, da man dadurch zum Zeitpunkt der Kalkulation und Planung der Spielzeiten keine Sicherheit habe.

Der neue Intendant Herr Steinwender gehe den richtigen Weg, so Frau Jung. Man müsse dem ganzen nur etwas Zeit geben und die Zuschüsse zur Überbrückung zur Verfügung stellen.

Dem schließt sich Frau Schwarz an.

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die Auszahlung eines Zuschusses in Höhe von jeweils 50.000 € in den Jahren 2023, 2024 und 2025 an das Apollo Theater Siegen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 5 Enthaltungen

20. Rat 21.12.2022

10. Brandschutzbedarfsplan der Universitätsstadt Siegen (2. Fortschreibung)

Vorlage Nr. VL 1155/2022

**Zu 10. Antrag zum TOP "Brandschutzbedarfsplan"
Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen**

Vorlage Nr. AT 246/2022

Herr Schiltz erläutert die im Antrag aufgeführten Beschlussvorschläge und betont, dass man mit dem Antrag kein Misstrauen gegenüber der Feuerwehrleitung äußern wolle.

Den Ausführungen schließt sich Frau Jung an.

Man habe in der Siegener Feuerwehr bereits ein sehr hohes Maß an Sachverstand, ist Herr Schwarzer der Meinung. Deshalb und auch weil nun möglichst schnell zur Umsetzung geschritten werden solle, lehne er eine externe Überprüfung ab.

Herr Mues erläutert nochmals, dass der Brandschutzbedarfsplan lediglich die Grundlage für Einzelmaßnahmen darstelle, die wiederum einzeln den Fachausschüssen zum Beschluss vorgelegt würden.

Dem stimmt Herr Könen zu.

Herr Weber beantragt, die Beschlusspunkte des Antrages 1 - 3 getrennt abstimmen zu lassen und äußert sein Unverständnis dem Antrag gegenüber.

Herr Cziba erläutert, man störe sich daran, dass der Verwaltungsbeschluss einen Umsetzungsbeschluss bezüglich der unter Ziffer 10 im Brandschutzbedarfsplan aufgeführten Optimierungsmaßnahmen enthalte.

Herr Cavelius tätigt auch nochmals grundsätzliche Ausführungen zum Brandschutzbedarfsplan, der sich im Grunde lediglich mit der Einhaltung der Hilfsfristen beschäftige.

Da der Beschlussvorschlag der Verwaltung im Vergleich zu Punkt 1. des Antrages der weitergehende Beschluss ist, lässt Herr Mues zuerst über den Verwaltungsbeschluss abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die 2. Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes für die Feuerwehr der Universitätsstadt Siegen und beauftragt die Verwaltung, die unter Ziffer 10 im Brandschutzbedarfsplan aufgeführten Optimierungsmaßnahmen umzusetzen.

Beratungsergebnis: 30 Stimmen dafür, 29 dagegen, 3 Enthaltungen

Im Anschluss lässt Herr Mues noch über die Punkte 2. und 3. des Antrages abstimmen.

Beschluss:

2. Die finanzielle Umsetzung findet im Rahmen der jeweiligen Haushaltsplanberatungen in den kommenden Jahren statt.
3. Im Jahr 2024 erfolgt auf der Grundlage der dann vorliegenden IST-Daten aus dem Jahr 2023 eine Überprüfung der Zielerreichung.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür

20. Rat 21.12.2022

11. **Festsetzung der Mietkonditionen für die Siegerlandhalle, die Bismarckhalle und die von der Universitätsstadt Siegen bewirtschafteten Bürgerhäuser ab dem 01.01.2023**

Hier: Außerordentliche Erhöhung aufgrund der gestiegenen Energiekosten

Vorlage Nr. VL 1156/2022

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Mietanpassung entsprechend den in der Verwaltungsvorlage genannten Konditionen ab dem 01.01.2023.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

20. Rat 21.12.2022

12. **Beauftragung eines Städtebaulichen Masterplans Innenentwicklung Siegen als städtebauliches Entwicklungskonzept**

Vorlage Nr. VL 1122/2022

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, einen **städtebaulichen Masterplan Innenentwicklung Siegen** für die Gesamtstadt erarbeiten zu lassen und die dafür erforderlichen vorbereitenden Maßnahmen durchzuführen.
2. Für **stadtentwicklungspolitisch wichtige Grundstücke** (Schlüsselgrundstücke), die im Laufe des obigen Prozesses identifiziert werden, sollen vertiefende Testentwürfe erarbeitet werden.

3. Das Konzept soll als städtebauliches Entwicklungskonzept der Stadt Siegen gem. § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB beschlossen werden, um als Entwicklungskonzept zur Stärkung der Innenentwicklung (gemäß § 176a BauGB) im Kontext des Baulandmobilisierungsgesetzes Anwendung zu finden.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

20. Rat 21.12.2022

13. Gestaltung des öffentlichen Raums in der Ortsmitte Trupbach

Vorlage Nr. VL 1142/2022

Die FDP-Fraktion begrüße diesen Stadtentwicklungsplan, so Herr Könen. Er bittet, die Fördergelder schnellstens für Dinge zu nutzen, welche die Trupbacher Straße nicht betreffen.

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt den Gestaltungsentwurf für die Ortsmitte Trupbach und beauftragt die Verwaltung, diesen in die weitere Planung und Abstimmung zur Sanierung der Trupbacher Straße (K8) im Bereich der Ortsmitte mit einfließen zu lassen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

20. Rat 21.12.2022

14. 106. Änderung des Flächennutzungsplans und Bebauungsplan Nr. 457 "PV-Anlage Rothenberg" im Stadtteil Siegen (Feststellungs- und Satzungsbeschluss)

hier:

- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
- Zusammenfassende Prüfung und Beschluss der Abwägung aller im Planverfahren eingegangenen Anregungen und Hinweise
- Beschluss der 106. Änderung des Flächennutzungsplans (FNP-Änderung) der Stadt Siegen
- Beschluss des Bebauungsplans Nr. 457 "PV-Anlage Rothenberg"

Vorlage Nr. VL 1104/2022

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

- die im Verfahren zur 106. FNP-Änderung und zum Bebauungsplan Nr. 457 "PV-Anlage Rothenberg" eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 3) entsprechend der Anlage 4 zu behandeln. Die Anlagen sind Bestandteil der Beschlussfassung;

- die 106. FNP-Änderung in der Fassung vom 29.09.2022 (Anlage 5) samt Begründung, Umweltbericht und artenschutzrechtlichem Fachbeitrag (Anlagen 6, 9 und 10);
- den Bebauungsplan Nr. 457 "PV-Anlage Rothenberg" (Anlage 7) in der Fassung vom 11.10.2022 als Satzung samt Begründung und Umweltbericht (Anlagen 8 und 9).

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, eine Enthaltung

20. Rat 21.12.2022

- 15. 110. Änderung des Flächennutzungsplans und Bebauungsplan Nr. 461 "PV-Anlage Schlackenhalde Eiserfeld" im Stadtteil Siegen-Eiserfeld**
hier:
- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
- Aufstellungsbeschluss der 110. Änderung des Flächennutzungsplans (FNP) und des Bebauungsplans Nr. 461 "PV-Anlage Schlackenhalde Eiserfeld"

Vorlage Nr. VL 1128/2022

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Aufstellung der 110. Änderung des Flächennutzungsplans und des Bebauungsplans Nr. 461 "PV-Anlage Schlackenhalde Eiserfeld" im Stadtteil Siegen-Eiserfeld gemäß § 2 Abs. 1 BauGB.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

20. Rat 21.12.2022

- 16. Video-Echtzeitübertragungen von Ratssitzungen - Auswertung der Testphase und Entscheidung über weiteres Vorgehen**

Vorlage Nr. VL 1179/2022

Herr Heilmann befürwortet, dass insbesondere die Themen, die Bürgerinnen und Bürger interessieren auch digital verfolgt werden können. Er wirbt dafür, dem Format noch etwas Zeit zu geben, um weitere Daten zu sammeln. Die Fraktion B'90/Grüne werde für die Beschlussalternative B) stimmen, welche auch nicht ausschließe, dass der Rat zukünftig regelmäßig über den Erfolg informiert werden und das Thema gegebenenfalls erneut berate.

Herr Hof benennt nochmals die aus seiner Sicht während der Testphase deutlich gewordenen Vorteile von Livestreaming wie die Teilhabe von Menschen, die nicht persönlich an der Sitzung teilnehmen können und mehr Transparenz. Um diese Vorteile in Einklang mit den durchaus relevanten Kosten in zu bringen, werde vorgeschlagen, die Testphase um ein weiteres Jahr zu verlängern und dann nochmals zu beraten. In diesem Zusammenhang bittet er, die Werbung für das Livestreaming zu verstärken.

Die Volt-Fraktion spreche sich für Beschlussvariante B) aus, teilt Herr Wittenburg mit. Seine Fraktion befürworte darüber hinaus das Livestreaming auch auf die Ausschüsse zu übertragen.

Die Linke-Fraktion befürworte das Livestreaming ausdrücklich, so Herr H. Klein und werbe ebenfalls dafür zukünftig alle Ausschusssitzungen online verfügbar zu machen.

Herr Groß schließt sich seinem Vorredner an und appelliert auch an die Fraktionen, das Livestreaming mehr zu bewerben. Die Fraktion B'90/Grüne würde auch mit dem Kompromissvorschlag gehen, zunächst die Testphase um ein Jahr zu verlängern, bittet jedoch darum, spätestens im nächsten Jahr eine Grundsatzentscheidung zu treffen.

Herr M. Klein formuliert den zuvor bereits thematisierten alternativen Beschlussvorschlag wie folgt „Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, die Testphase bis zum Ende des Jahres 2023 zu verlängern. Die Verwaltung wird beauftragt durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit in der Bevölkerung für die Videoechtzeitübertragung der Ratssitzung zu werben. Die notwendigen Mittel von 25.000 € sind bereit zu stellen. Ende des Jahres 2023 wird der Rat über die Thematik erneut beraten.“ und erhebt diesen zum Sachantrag.

Herr Schoew spricht sich für die Fortführung des Livestreamings-- auch unter der Prämisse der zunächst verlängerten Testphase - aus.

Auch Herr Schwarzer präferiere den soeben formulierten alternativen Beschlussvorschlag, gibt jedoch zu Bedenken, ob der finanzielle Aufwand hier die in seinen Augen magere Resonanz rechtfertige.

Die Zuschauerzahlen im Verhältnis zum finanziellen Aufwand allein sprechen schon für eine Beendigung des Rats-TVs mit Ablauf der jetzigen Testphase, so Herr Grimm. Er verweist auch auf andere Städte und Gemeinden, die mit dem Livestreaming ähnliche schlechte Erfahrungen gemacht und sich nach der Testphase deshalb gegen eine Fortführung entschieden haben. Seiner Meinung müsse das Projekt beendet werden, er könne sich jedoch auf den Kompromiss einlassen, die Testphase um ein Jahr zu verlängern.

Die UWG-Fraktion werde für den alternativen Beschlussvorschlag stimmen, teilt Herr Bell mit.

Frau Schneider ist der Ansicht, das Livestreaming müsse sich noch weiter in der Bevölkerung herumsprechen und sieht dem Ganzen daher positiv entgegen.

Frau Shirley lobt das hochqualitative und niedrigschwellige Angebot, welches durch den Livestream geschaffen wurde.

Aus der Diskussion sei hervorgegangen, dass der durch Herrn Klein ausformulierte alternative Beschlussvorschlag große Zustimmung finde, so Herr Mues. Deshalb lasse er zunächst über diesen abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, die Testphase bis zum Ende des Jahres 2023 zu verlängern.

Die Verwaltung wird beauftragt durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit in der Bevölkerung für die Videoechtzeitübertragung der Ratssitzung zu werben.

Die notwendigen Mittel von 25.000 € sind bereit zu stellen. Ende des Jahres 2023 wird der Rat über die Thematik erneut beraten.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

20. Rat 21.12.2022

**17. Sitzungstermine für Rat und Haupt- und Finanzausschuss 2023
Sitzungskalender 2023**

Vorlage Nr. VL 1129/2022

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen bestätigt den als Anlage beigefügten Sitzungskalender 2023.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

20. Rat 21.12.2022

18. Namentliche Besetzung des Haupt- und Finanzausschuss und der Fachausschüsse

Vorlage Nr. VL 1178/2022

Herr Klein teilt mit, dass im Kulturausschuss der persönliche Vertreter Herr Harald Hahn durch Herrn Henner Klaas ersetzt werden solle.

Die Stellvertreterlisten für die Ausschüsse seien in der Vorlage nicht nochmals explizit aufgeführt worden, bleiben jedoch in der bisherigen Form weiterhin bestehen, versichert Herr Werthenbach auf Nachfrage seitens Herrn Schiltz.

Im Anschluss führt Herr Mues das Losverfahren für 11 Ausschüsse durch und verkündet jeweils laut, welcher Fraktion demnach der Sitz zusteht. Die Fraktion, welche keinen Sitz in den jeweiligen Ausschüssen erhalten habe, werde dort einen Sitz mit beratender Stimme erhalten.

Es ergibt sich folgende Besetzung:

1. Haupt- und Finanzausschuss

Losverfahren gewonnen: AfS

Fraktion	Ordentliches <i>(beratendes)</i> Mitglied	Stellv. <i>(beratendes)</i> Mitglied
AfS	Roland Steffe	Barbara Dylong
Volt	<i>Samuel Wittenburg</i>	<i>Kenny Schulz</i>

2. Rechnungsprüfungsausschuss

Losverfahren gewonnen: Volt

Fraktion	Ordentliches <i>(beratendes)</i> Mitglied	Stellv. <i>(beratendes)</i> Mitglied
Volt	Samuel Wittenburg	Patrick Schulz
AfS	<i>Barbara Dylong</i>	<i>Roland Steffe</i>

3. Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung

Losverfahren gewonnen: AfS

Fraktion	Ordentliches <i>(beratendes)</i> Mitglied	Stellv. <i>(beratendes)</i> Mitglied
AfS	Roland Steffe	Barbara Dylong
Volt	<i>Timo Kamann</i>	<i>Alexandra Simon</i>

4. Ausschuss für Schule und Bildung

Losverfahren gewonnen: AfS

Fraktion	Ordentliches <i>(beratendes)</i> Mitglied	Stellv. <i>(beratendes)</i> Mitglied
AfS	Barbara Dylong	Roland Steffe
Volt	<i>Samuel Wittenburg</i>	<i>Georg Hoffmann</i>

5. Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren

Losverfahren gewonnen: AfS

Fraktion	Ordentliches <i>(beratendes)</i> Mitglied	Stellv. <i>(beratendes)</i> Mitglied
AfS	Barbara Dylong	Roland Steffe
Volt	<i>Sören Schuppert</i>	<i>Elisabeth Haupt</i>

6. Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften

Losverfahren gewonnen: Volt

Fraktion	Ordentliches <i>(beratendes)</i> Mitglied	Stellv. <i>(beratendes)</i> Mitglied
Volt	Kenny Schulz	Jacob Kammann
AfS	<i>Roland Steffe</i>	<i>Barbara Dylong</i>

7. Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie

Losverfahren gewonnen: AfS

Fraktion	Ordentliches <i>(beratendes)</i> Mitglied	Stellv. <i>(beratendes)</i> Mitglied
AfS	Barbara Dylong	Roland Steffe
Volt	<i>Jacob Kammann</i>	<i>André Gieseler</i>

8. Bauausschuss

Losverfahren gewonnen: Volt

Fraktion	Ordentliches <i>(beratendes)</i> Mitglied	Stellv. <i>(beratendes)</i> Mitglied
Volt	Erik Dietrich	Christian Welter
AfS	<i>Roland Steffe</i>	<i>Barbara Dylong</i>

9. Verkehrsausschuss

Losverfahren gewonnen: AfS

Fraktion	Ordentliches <i>(beratendes)</i> Mitglied	Stellv. <i>(beratendes)</i> Mitglied
AfS	Roland Steffe	Barbara Dylong
Volt	<i>Jannik Krüger</i>	<i>Luca Weber</i>

10. Kulturausschuss

Losverfahren gewonnen: AfS

Fraktion	Ordentliches <i>(beratendes)</i> Mitglied	Stellv. <i>(beratendes)</i> Mitglied
AfS	Barbara Dylong	Roland Steffe
Volt	<i>Erik Dietrich</i>	<i>Kenny Schulz</i>

11. Sport- und Bäderausschuss

Losverfahren gewonnen: Volt

Fraktion	Ordentliches <i>(beratendes)</i> Mitglied	Stellv. <i>(beratendes)</i> Mitglied
Volt	Luca Weber	Jannik Krüger
AfS	<i>Roland Steffe</i>	<i>Barbara Dylong</i>

Beschluss:

Die Mitglieder des Rates wählen in den Haupt- und Finanzausschuss sowie in die Fachausschüsse folgende Personen:

Haupt- und Finanzausschuss

	Ordentliches Mitglied	Stellvertretung	Fraktion
1	Klein, Marc	Patt, Alexander	CDU
2	Hähner, André	Rompf, Jürgen	CDU
3	Tigges, Johannes	Harnacke, Maik	CDU
4	Weber, Frank	Stinner, Jürgen	CDU
5	Rujanski, Detlef	Pfeifer, Joachim	SPD
6	Molzberger, Adhemar	Thimm, Heiko	SPD
7	Schiltz, Ingmar	Böcking, Verena	SPD
8	Boller, Joachim	Jung, Angela	B'90
9	Groß, Michael	Heilmann, Martin	B'90
10	Shirley, Julia	Schulz, Jürgen	B'90
11	Bertelmann, Hans-Günter	Bell, Achim	UWG
12	Sondermann, Christian	Keßler, Silvia	GfS
13	Walter, Klaus Volker	Könen, Wolfgang	FDP
14	Klein, Henning	Becker, Melanie	Linke
15	Schwarzer, Michael	Six, Annette	AfD
16	Roland Steffe	Barbara Dylong	AfS

Mit beratender Stimme:

	Ordentliches beratendes Mitglied	Beratende Stellvertretung	Fraktion
	Samuel Wittenburg	Kenny Schulz	Volt

Rechnungsprüfungsausschuss

	Ordentliches Mitglied	Stellvertretung	Fraktion
1	Patt, Alexander	Stahl, Peter	CDU
2	Grimm, Benjamin	Vogt, Christian (s. B.)	CDU
3	Harnacke, Maik	Steuber, Hartmut	CDU
4	Hoffmann, Thomas (s. B.)	Uhlendorf, Jens (s. B.)	CDU
5	Schiltz, Ingmar	Schwarz, Sibylle	SPD
6	Lorenz, Reiner	Pfeifer, Joachim	SPD
7	Edinger, Nikolai (s. B.)	Berkemer, Wolfgang (s. B.)	SPD
8	Lechthaler, Tim	Simmert, Klaus (s. B.)	SPD
9	Cziba, Ansgar	Shirley, Julia	B'90
10	König, Svenja	Kraft, Florian	B'90
11	Rommel, Markus (s. B.)	Boller, Joachim	B'90
12	Bell, Achim	Schneider, Rainer	UWG
13	Sondermann, Katja (s. B.)	Köckritz, Anja (CDU)	GfS
14	Schoew, Torsten	Könen, Wolfgang	FDP
15	Dil, Yilmaz	Becker, Melanie	Linke
16	Schwarzer, Michael	Kahleis, Helmut (s. B.)	AfD
17	Samuel Wittenburg	Patrick Schulz	Volt

Mit beratender Stimme:

	Ordentliches beratendes Mitglied	Beratende Stellvertretung	Fraktion
	Barbara Dylong	Roland Steffe	AfS

Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung

	Ordentliches Mitglied	Stellvertretung	Fraktion
1	Weber, Frank	Weißelberg, David (s. B.)	CDU
2	Tigges, Johannes	Römer, Guntram (s. B.)	CDU
3	Steuber, Hartmut	Özcan, Kürsat (s. B.)	CDU
4	Bahnschulte, Claudia (s. B.)	Reinsch, Verena (s. B.)	CDU
5	Böcking, Verena	Hokkaömeroglu, Emetullah	SPD
6	Eckhardt, Klaus	Schwarz, Sibylle	SPD
7	Schneider, Manfred (s. B.)	Grimm, Hartmut (s. B.)	SPD
8	Solms, Harold (s. B.)	Lohmeier, Heinz Werner (s. B.)	SPD
9	Schütz, Désirée (s.B.)	Heilmann, Martin	B'90
10	Neumann, Daniel (s. B.)	Jung, Angela	B'90
11	Dr. Reppel, Thomas (s.B.)	Wüst, Eckhard (s. B.)	B'90
12	Grisse, Robert	Krumm, Heike	UWG
13	Keßler, Silvia	Jüngst, Christian (s. B.)	GfS
14	Fischbach, Karlfried (s. B.)	Hellwig, Raimund (s. B.)	FDP
15	Dil, Yilmaz	Becker, Melanie	Linke
16	Schwarzer, Michael	Six, Annette	AfD
17	Roland Steffe	Barbara Dylong	AfS

Mit beratender Stimme:

	Ordentliches beratendes Mitglied	Beratende Stellvertretung	Fraktion
	Timo Kamann	Alexandra Simon	Volt

Ausschuss für Schule und Bildung

	Ordentliches Mitglied	Stellvertretung	Fraktion
1	Patt, Alexander	Katz, Reinhilde (s. B.)	CDU
2	Langemeyer, Susanne (s. B.)	Dörner-Lipinski, Monika (s. B.)	CDU
3	Heupel, Michael (s. B.)	Rompf-Selimi, Nazlije	CDU
4	Hagen, Eva (s. B.)	Koch, Sonja (s. B.)	CDU
5	Pfeifer, Joachim	Schwarz, Sibylle	SPD
6	Thimm, Heiko	Böcking, Verena	SPD
7	Flohren, Angelika (s. B.)	Dehn, Sarah (s. B.)	SPD
8	Weber, Frank (s. B.)	Habel, Andreas (s. B.)	SPD
9	Kraft, Florian	Hillnhütter, Reinhard (s. B.)	B'90
10	Nüßing, Elisabeth (s. B.)	Gérard, Clara (s. B.)	B'90
11	Pflogsch, Teresa	Rommel, Marcus (s. B.)	B'90

12	Bell, Achim	Dr. Henrich, Alica	UWG
13	Bialowons-Sting, Eva-Marie	Köckritz, Anja (GfS
14	Hörnberger, Kevin (s. B.)	Hellwig, Raimund (s. B.)	FDP
15	Schloos, Ulrich (s. B.)	Klein,Hans-Walter (s. B.)	Linke
16	Six, Annette	Schmidt, Sabrina	AfD
17	Barbara Dylong	Roland Steffe	AfS

Mit beratender Stimme:

	Ordentliches beratendes Mitglied	Beratende Stellvertretung	Fraktion
	Samuel Wittenburg	Georg Hoffmann	Volt

Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren

	Ordentliches Mitglied	Stellvertretung	Fraktion
1	Helm, Martin	Katz, Reinhilde (s. B.)	CDU
2	Stahl, Peter	Stinner, Gabriele (s. B.)	CDU
3	Steuber, Hartmut	Hinkel, Petra (s. B.)	CDU
4	Köckritz, Anja (CDU)	Bialowons-Sting, Eva-Marie (GfS)	
5	Rompf-Selimi- Nazlije	Grimm, Benjamin	CDU
6	Hokkaömeroglu, Emetullah	Riebe, Kersten (s. B.)	SPD
7	Molzberger, Adhemar	Michel, Susanne (s. B.)	SPD
8	Lorenz, Reiner	Stündel, Dieter (s. B.)	SPD
9	Dehn, Sarah (s. B.)	Simmert, Klaus Manfred (s. B.)	SPD
10	Bleckmann, Lisa	Trefke, Manuela (s. B.)	B'90
11	König, Svenja	Mäckeler, Bernd (s. B.)	B'90
12	Rommel, Marcus (s. B.)	Voos, Jennifer (s. B.)	B'90
13	Oppermann, Paul (s. B.)	Braun, Hans-Peter (s. B.)	UWG
14	Schneider, Walter (s. B.)	N.N.	FDP
15	Schneider, Silke	Bosch, Bettina (s. B.)	Linke
16	Schmidt, Sabrina	Six, Annette	AfD
17	Barbara Dylong	Roland Steffe	AfS

Mit beratender Stimme:

	Ordentliches beratendes Mitglied	Beratende Stellvertretung	Fraktion
	Sören Schuppert	Elisabeth Haupt	Volt

Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften

	Ordentliches Mitglied	Stellvertretung	Fraktion
1	Klein, Marc	Patt, Alexander	CDU
2	Reifenrath, Frank	Tigges, Johannes	CDU
3	Rompf, Jürgen	Stinner, Jürgen	CDU
4	Klaas, Henner (s. B.)	de Knuydt, Philip (s. B.)	CDU

5	Rujanski, Detlef	Pfeifer, Joachim	SPD
6	Wagener, Tanja	Schwarz, Sibylle	SPD
7	Born, Stefan (s. B.)	Baykal, Ferdi (s. B.)	SPD
8	Schneider, Bernd (s. B.)	Flohren, Angelika (s. B.)	SPD
9	Champollion, Anselme (s. B.)	Waidmann, Maik (s. B.)	B'90
10	Schulz, Jürgen	Korczak, Dominik (s. B.)	B'90
11	Stoker, Daniela (s. B.)	Pflogsch, Teresa	B'90
12	Sündermann, Egon (s. B.)	Bertelmann, Hans-Günter	UWG
13	Bialowons-Sting, Eva-Marie	Güner, Salih (s.B.)	GfS
14	Nüchtern, Markus	Hellwig, Raimund (s. B.)	FDP
15	Schneider, Silke	Schloos, Ulrich (s. B.)	Linke
16	Six, Annette	Schwarzer, Michael	AfD
17	Kenny Schulz	Jacob Kammann	Volt

Mit beratender Stimme:

	Ordentliches beratendes Mitglied	Beratende Stellvertretung	Fraktion
	Roland Steffe	Barbara Dylong	AfS

Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie

	Ordentliches Mitglied	Stellvertretung	Fraktion
1	Dr. Zybill, Christian	Engert, Florian (s. B.)	CDU
2	Grimm, Benjamin	Hähner, André	CDU
3	Dinter, Oliver (s. B.)	de Knuydt, Philip (s. B.)	CDU
4	Klaas, Henner (s. B.)	Hinkel, Peter (s. B.)	CDU
5	Christian, Thomas	Pfeifer, Joachim	SPD
6	Hof, Felix	Molzberger, Adhemar	SPD
7	Bornhütter, Nils (s. B.)	Lohmeier, Elke (s. B.)	SPD
8	Michel, Bärbel (s. B.)	Neumann, Thomas (s. B.)	SPD
9	Boller, Joachim	Gelling, Bärbel (s. B.)	B'90
10	Stoker, Daniela (s.B.)	N.N.	B'90
11	Groß, Michael	Voos, Jennifer (s. B.)	B'90
12	Krumm, Heike	Scherzberg, Nicole (s. B.)	UWG
13	Sondermann, Christian Paul	Keßler, Silvia	GfS
14	Schneider, Walter (s. B.)	Kretzer, Martin (s. B.)	FDP
15	Becker, Melanie	Schloos, Ulrich	Linke
16	Six, Annette	Schwarzer, Michael	AfD
17	Barbara Dylong	Roland Steffe	AfS

Mit beratender Stimme:

	Ordentliches beratendes Mitglied	Beratende Stellvertretung	Fraktion
	Jacob Kammann	André Gieseler	Volt

Bauausschuss

	Ordentliches Mitglied	Stellvertretung	Fraktion
1	Reifenrath, Frank	Weber, Daniel (s. B.)	CDU
2	Krämer, Hartmut (s. B.)	Hoffmann, Thomas (s. B.)	CDU
3	Uhlendorf, Jens (s. B.)	Dinter, Oliver (s. B.)	CDU
4	Klein, Marc	Prof. Dr. Ferger, Martin (s. B.)	CDU
5	Christian, Thomas	Schwarz, Sibylle	SPD
6	Pfeifer, Joachim	Eckhardt, Klaus	SPD
7	Lohmeier, Heinz Werner (s. B.)	Grund, Annegret (s. B.)	SPD
8	Yousuf, Himat (s. B.)	Solms, Harold (s. B.)	SPD
9	Cziba, Ansgar	Boller, Joachim	B'90
10	Mäckeler, Bernd (s. B.)	Jung, Angela	B'90
11	Schulz, Jürgen	Stoker, Daniela (s. B.)	B'90
12	Grisse, Robert	Schneider, Rainer	UWG
13	Heupel, Rüdiger	Keßler, Silvia	GfS
14	Hellwig, Raimund (s. B.)	Dangendorf, Tobias (s. B.)	FDP
15	Dil, Yilmaz	Schneider, Silke	Linke
16	Schwarzer, Michael	Six, Annette	AfD
17	Erik Dietrich	Christian Welter	Volt

Mit beratender Stimme:

	Ordentliches beratendes Mitglied	Beratende Stellvertretung	Fraktion
	Roland Steffe	Barbara Dylong	AfS

Verkehrsausschuss

	Ordentliches Mitglied	Stellvertretung	Fraktion
1	Kamieth, Jens	Römer, Guntram (s. B.)	CDU
2	Stinner, Jürgen	Weißelberg, Andreas (s. B.)	CDU
3	Jagielski, Olaf (s. B.)	Doppler, Christian (s. B.)	CDU
4	Vogt, Christian (s. B.)	Beitzel, Robin (s. B.)	CDU
5	Eckhardt, Klaus	Michel, Susanne (s. B.)	SPD
6	Christian, Thomas	Böcking, Verena	SPD
7	Müller, Manfred (s. B.)	Bornhütter, Nils (s. B.)	SPD
8	Neumann, Thomas (s. B.)	Semper, Manfred (s. B.)	SPD
9	Heilmann, Martin	Korczak, Dominik (s. B.)	B'90
10	Jung, Angela	Kraft, Florian	B'90
11	Waidmann, Maik (s. B.)	N.N.	B'90
12	Englert, Franz	Schneider, Rainer	UWG
13	Köckritz, Thomas (s.B.)	Heupel, Rüdiger	GfS
14	Schoew, Torsten	Könen, Wolfgang	FDP
15	Schneider, Silke	Schloos, Ulrich (s. B.)	Linke
16	Six, Annette	Schwarzer, Michael	AfD
17	Roland Steffe	Barbara Dylong	AfS

Mit beratender Stimme:

	Ordentliches beratendes Mitglied	Beratende Stellvertretung	Fraktion
	Jannik Krüger	Luca Weber	Volt

Kulturausschuss

	Ordentliches Mitglied	Stellvertretung	Fraktion
1	Schmidt, Isabelle	Özcan, Kürsat (s. B.)	CDU
2	Dr. Zybill, Christian	Weißelberg, David (s. B.)	CDU
3	Opterbeck, Maria (s. B.)	Klaas, Henner (s. B.)	CDU
4	Helm, Claudia (s. B.)	Bohn, Achim (s. B.)	CDU
5	Lorenz, Reiner	Lechthaler, Tim	SPD
6	Schwarz, Sibylle	Wagener, Tanja	SPD
7	Eberlein, Peter (s. B.)	Michel, Susanne (s. B.)	SPD
8	Fries, Traute (s. B.)	Weber, Rebecca (s. B.)	SPD
9	Gelling, Bärbel (s. B.)	Affholderbach, Gunter (s. B.)	B'90
10	Hillnhütter, Reinhard (s. B.)	Schulz, Jürgen	B'90
11	Jung, Angela	Voos, Jennifer (s. B.)	B'90
12	Grisse, Silke (s. B.)	Bell, Achim	UWG
13	Bialowons-Sting, Eva-Marie	Sting, Julia (s. B.)	GfS
14	Könen, Wolfgang	Hellwig, Raimund (s. B.)	FDP
15	Klein, Henning	Klein, Hans-Walter (s. B.)	Linke
16	Six, Annette	Gatersleben, Sarah (s. B.)	AfD
17	Barbara Dylong	Roland Steffe	AfS

Mit beratender Stimme:

	Ordentliches beratendes Mitglied	Beratende Stellvertretung	Fraktion
	Erik Dietrich	Kenny Schulz	Volt

Sport- und Bäderausschuss

	Ordentliches Mitglied	Stellvertretung	Fraktion
1	Romppf, Jürgen	Steuber, Hartmut	CDU
2	Hähner, André	Engert, Florian (s. B.)	CDU
3	Schmidt, Isabelle	Gelber, Gunther (s. B.)	CDU
4	Uhlendorf, Jens (s. B.)	Heupel, Michael (s. B.)	CDU
5	Eberlein, Birgit	Molzberger, Adhemar	SPD
6	Hof, Felix	Schiltz, Ingmar	SPD
7	Biermann, Tim (s. B.)	Höfer, Gisela (s. B.)	SPD
8	Weber, Frank (s. B.)	Garcia Lopez, José-Antonio (s. B.)	SPD
9	Trefke, Manuela (s. B.)	Kraft, Florian	B'90
10	Gérard, Clara (s. B.)	Groß, Michael	B'90
11	Krombach, Ulrich (s. B.)	Dr. Reppel, Thomas (s. B.)	B'90

12	Bell, Achim	Peczinna, Randolph (s. B.)	UWG
13	Jüngst, Christian (s. B.)	Köckritz, Thomas (s.B.)	GfS
14	Könen, Wolfgang	Biazeck, Michael (s. B.)	FDP
15	Klein, Henning	Becker, Melanie	Linke
16	Schmidt, Sabrina	Six, Annette	AfD
17	Luca Weber	Jannik Krüger	Volt

Mit beratender Stimme:

	Ordentliches beratendes Mitglied	Beratende Stellvertretung	Fraktion
	Roland Steffe	Barbara Dylong	AfS

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

20. Rat 21.12.2022

19. Nachbesetzung in Ausschüssen, Arbeitskreisen und Kommissionen

Vorlage Nr. VL 1159/2022

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen wählt / benennt

1. **Herrn Thomas Köckritz** als
 - a) **persönlicher Stellvertreter von Frau Bialowons-Sting** in den AK Schulentwicklungsplanung.
 - b) **persönlicher Stellvertreter von Frau Julia Sting** in die Spielplatz-Kommission.
 - c) **ordentliches Mitglied** in die Steuerungsgruppe Fairtrade-Town.
2. **Frau Julia Sting** als
 - a) **persönliche Stellvertreterin von Herrn Thomas Köckritz** in den AK Rad- und Fußverkehr.
 - b) **ordentliches Mitglied** in den Unterausschuss Kindertagesbetreuung.
3. **Herrn Rüdiger Heupel** als
 - a) **persönlicher Stellvertreter von Frau Eva Bialowons-Sting** in den AK Stadtentwicklung.
 - b) **ordentliches Mitglied** in den AK Wohnbaulandentwicklung.
4. **Frau Eva Bialowons-Sting** als
 - a) **persönliche Stellvertreterin von Herrn Rüdiger Heupel** in den AK Wohnbaulandentwicklung.
 - b) **persönliche Stellvertreterin von Frau Keßler** in den Bezirksausschuss I Siegen-Geisweid.
5. **Herrn Alexander Patt** als **persönlicher Vertreter von Florian Engert** in den Bezirksausschuss I Siegen-Geisweid.
6. **Frau Anne-Kathrin Schröers (s.B.)** als **persönliche Stellvertreterin von Frau Anja Köckritz** in den Ausschuss für Soziales, Familie und Senioren.

7. **Herr Patrick Hoffmann (s.B.)** als **persönlicher Stellvertreter von Herrn Karl Robert Grisse** In den Bezirksausschuss V - Siegen West.
8. **Frau Barbara Grisse (s. B.)** als **stellvertretendes Mitglied** in den Bezirksausschuss VI-Siegen Eiserfeld.
9. **Herr Randolph Peczinna (s.B.)** als **stellvertretendes Mitglied** in den Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung.
10. **Herrn David Ayelou** (Jugendparlament) als **beratendes Mitglied** in den Jugendhilfeausschuss.
11. **Herrn Noel Dahl** als (Jugendparlament) als **persönlicher beratender Stellvertreter von Herrn Ayelou** in den Jugendhilfeausschuss.
12. **Herrn Rüdiger Frodl** als **Sachverständiger** (Polizei)
 - a) in den Verkehrsausschuss
 - b) in die AK des Verkehrsausschusses
13. **Frau Lisa Bleckmann** als **stellvertretendes Mitglied** in den
 - a) Haupt- und Finanzausschuss
 - b) Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung
 - c) Ausschuss für Schule und Bildung
 - d) Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften
 - e) Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie
 - f) Bauausschuss
 - g) ESi Entsorgungsbetrieb Betriebsausschuss
 - h) Kulturausschuss
 - i) Rechnungsprüfungsausschuss
 - j) Sport- und Bäderausschuss
 - k) Vergabeausschuss
 - l) Verkehrsausschuss
14. **Herrn Joachim Boller** als **stellvertretendes Mitglied** in den
 - a) Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung
 - b) Ausschuss für Schule und Bildung
 - c) Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren
 - d) Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften
 - e) Bauausschuss
 - f) Kulturausschuss
 - g) Sport- und Bäderausschuss
 - h) Vergabeausschuss
 - i) Verkehrsausschuss
15. **Herrn Michael Groß** als **stellvertretendes Mitglied** in den
 - a) Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung
 - b) Ausschuss für Schule und Bildung
 - c) Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren
 - d) Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften
 - e) ESi Entsorgungsbetrieb Betriebsausschuss
 - f) Kulturausschuss
 - g) Rechnungsprüfungsausschuss

- h) Vergabeausschuss
 - i) Verkehrsausschuss
16. **Frau Angela Jung** als **stellvertretendes Mitglied** in den
- a) Ausschuss für Schule und Bildung
 - b) Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren
 - c) Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften
 - d) Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie
 - e) ESi Entsorgungsbetrieb Betriebsausschuss
 - f) Rechnungsprüfungsausschuss
 - g) Sport- und Bäderausschuss
 - h) Vergabeausschuss
17. **Frau Julia Shirley** als **stellvertretendes Mitglied** in den
- a) Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung
 - b) Ausschuss für Schule und Bildung
 - c) Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren
 - d) Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften
 - e) Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie
 - f) Bauausschuss
 - g) ESi Entsorgungsbetrieb Betriebsausschuss
 - h) Kulturausschuss
 - i) Sport- und Bäderausschuss
 - j) Vergabeausschuss
 - k) Verkehrsausschuss
18. **Frau Daniela Stoker** als **stellvertretendes Mitglied** in den
- a) Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung
 - b) Ausschuss für Schule und Bildung
 - c) Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren
 - d) Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie
 - e) ESi Entsorgungsbetrieb Betriebsausschuss
 - f) Kulturausschuss
 - g) Rechnungsprüfungsausschuss
 - h) Sport- und Bäderausschuss
 - i) Verkehrsausschuss
19. **Herrn Ansgar Cziba** als **stellvertretendes Mitglied** in den Haupt- und Finanzausschuss.
20. **Herrn Florian Kraft** als **stellvertretendes Mitglied** in den Haupt- und Finanzausschuss.
21. **Frau Svenja König** als **stellvertretendes Mitglied** in den Haupt- und Finanzausschuss.
22. **Herrn Bernd Mäckeler** als **stellvertretendes Mitglied** in den Haupt- und Finanzausschuss.
23. **Frau Teresa Pflogsch** als **stellvertretendes Mitglied** in den Haupt- und Finanzausschuss.
24. **Frau Laila Mahmood** als **beratendes Mitglied** (AWO) in den Jugendhilfeausschuss.
25. **Frau Lisa Lauber** als **persönliche beratende Stellvertreterin** (AWO) von **Frau Mahmood** in den Jugendhilfeausschuss.

26. **Herr Jürgen Schulz** als **persönlichen Stellvertreter** von Herrn Rujanski in die Mitgliederversammlung des Deutschen Städtetages.
27. **Herrn Sören Krombach** als **ordentliches Mitglied** in den Sport- und Bäderausschuss.
28. **Herrn Jürgen Schulz** als **ordentliches Mitglied** in den Bezirksausschuss VI - Eiserfeld.
29. **Frau Carolin Grimm** als **persönliche Stellvertreterin von Frau Nüßing** in den Ausschuss für Schule- und Bildung.
30. **Frau Jennifer Voos** als **persönliche Stellvertreterin von Frau Bleckmann** in den Jugendhilfeausschuss.
31. **Herrn Martin Heilmann** als **persönlicher Stellvertreter von Frau Désirée Anna-Maria Schütz** in den Bezirksausschuss VI – Siegen-Eiserfeld.
32. **Frau Anja Köckritz** als **ordentliches Mitglied** in den Bezirksausschuss I – Siegen-Geisweid.
33. **Herrn Matthias Franz** als **persönlicher Stellvertreter von Frau Moumenizade** in den Bezirksausschuss I – Siegen-Geisweid.
34. **Herrn Markus Becker** als **stellvertretendes Mitglied** in den Ausschuss für Schule und Bildung.
35. **Frau Anne Boulkaboul (s. B.)** als stellvertretendes Mitglied in den **Sport- und Bäderausschuss**.
36. **Frau Madita Steffens (s. B.)** als stellvertretendes Mitglied in den **Sport- und Bäderausschuss**.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

20. Rat 21.12.2022

gez. Mues
Bürgermeister

gez. Meier
Schriftführerin



Entwurf Haushaltssatzung 2023 Universitätsstadt Siegen

Einbringung Stadtrat
21. Dezember 2022

Bürgermeister Steffen Mues
Stadtkämmerer Wolfgang Cavelius

Ergebnisplanung 2023 -Ausgangssituation

- Finanzplanung 2022: + 1,9 Mio. €
- Strukturelles Defizit: - 8,7 Mio. €
- „Corona-Schaden“: + 10,6 Mio. €

Haushaltsentwurf 2023:

- strukturelles Defizit: **10.101 Tsd. €**
- Corona-Schaden: **11.056 Tsd. €**
- Überschuss: **955 Tsd. €**

HH-Volumen: rd. 380 Mio. €

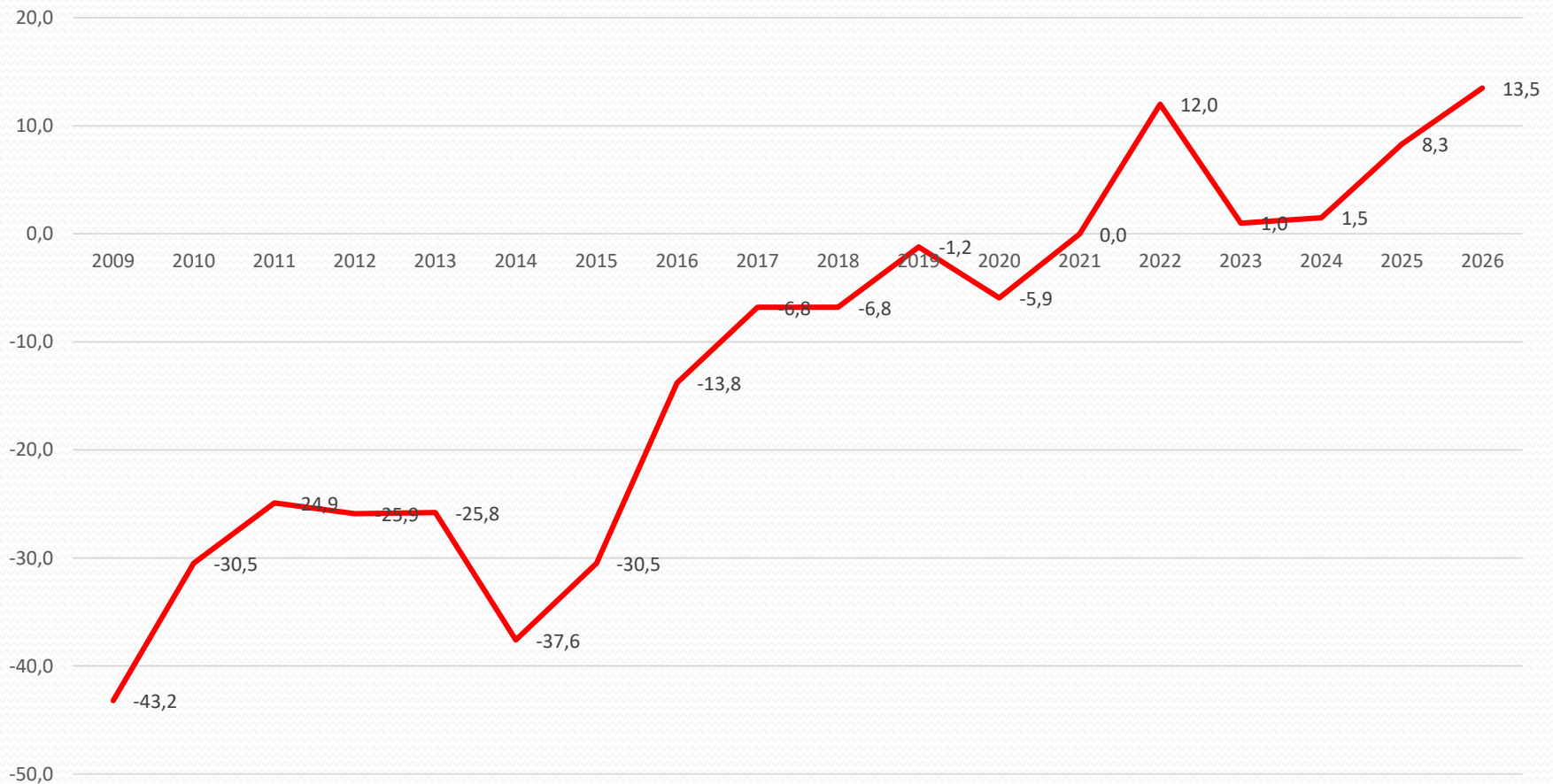
- **+ mehr als 30 Mio. Euro:**
- höhere Personalkosten: 3,1 Mio. Euro
- höhere Energiekosten: 5,5 Mio. Euro
- Ukraine-Flüchtlinge: 1,8 Mio. Euro
- Kreisumlage: 9,2 Mio. Euro
- Zinsen: 1,3 Mio. Euro
- **Kompensation:**
- Schlüsselzuweisungen: 12 Mio. Euro
- Außerordentlicher Ertrag: 11 Mio. Euro

Berechnung des „Corona- und Ukraine-Schadens“

Angaben in TEURO	FP 2020	FP 2023	DIFFERENZ	FP 2022	FP 2023	DIFFERENZ
	2023	2023		2026	2026	
1. Erträge						
Einkommenssteuer	57.300	53.500	- 3.800	60.200	62.350	2.150
Umsatzsteuer	13.750	12.800	- 950	13.460	14.050	590
Summe Mindererträge			- 4.750			-
2. Aufwendungen						
Sachausgaben Corona - pauschal -		90	90			-
Mehraufwand Unterbringung Ukraine Flüchtlinge im Produkt 05 01 02			1.807			757
Mehraufwand Energiekosten (davon 80 %)	8.113	13.624	4.409		10.492	1.903
Summe Mehraufwand			6.306			2.660
= Corona/Ukraine-Belastung			11.056			2.660
Summe 2023 - 2026						21.657
plus Corona Schaden RE 2020 (IST)						7.815
plus Corona Schaden RE 2021 (Prognose)						500
plus Corona Schaden RE 2022 (Prognose)						500
SUMME						30.472
Abschreibung ab 2026						609

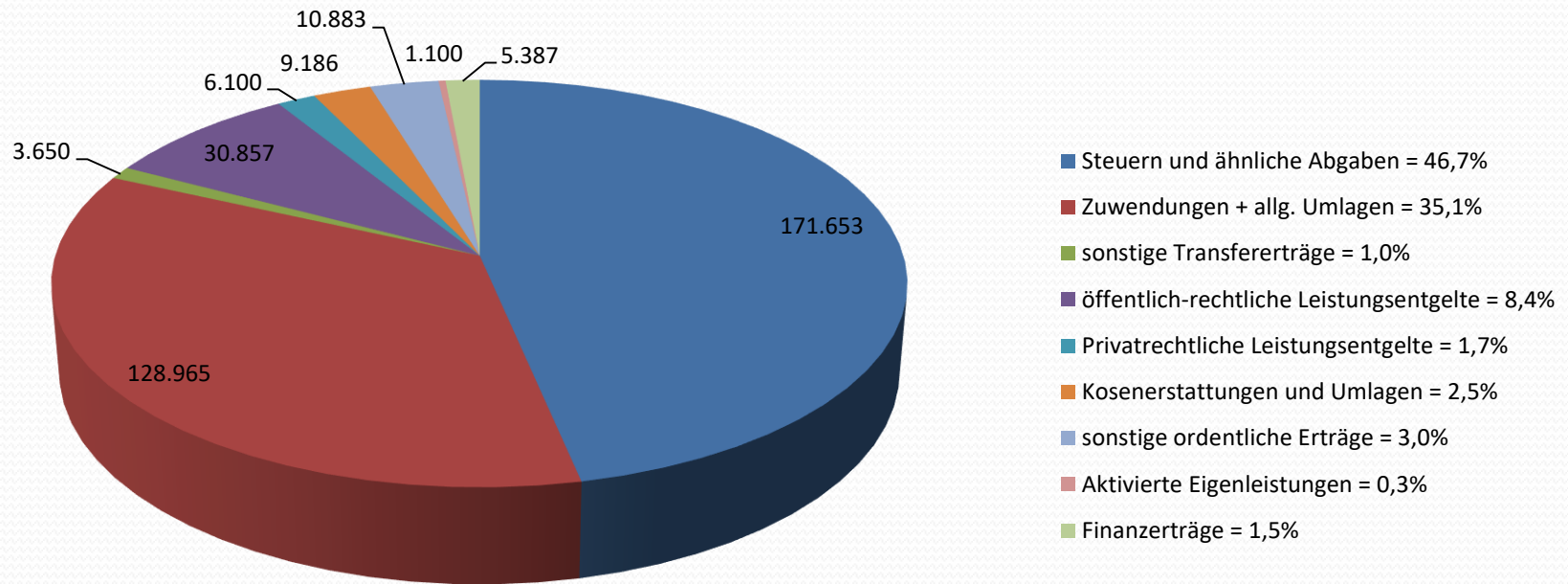
Entwicklung der Defizite im NKR

Ergebnis in Mio. €

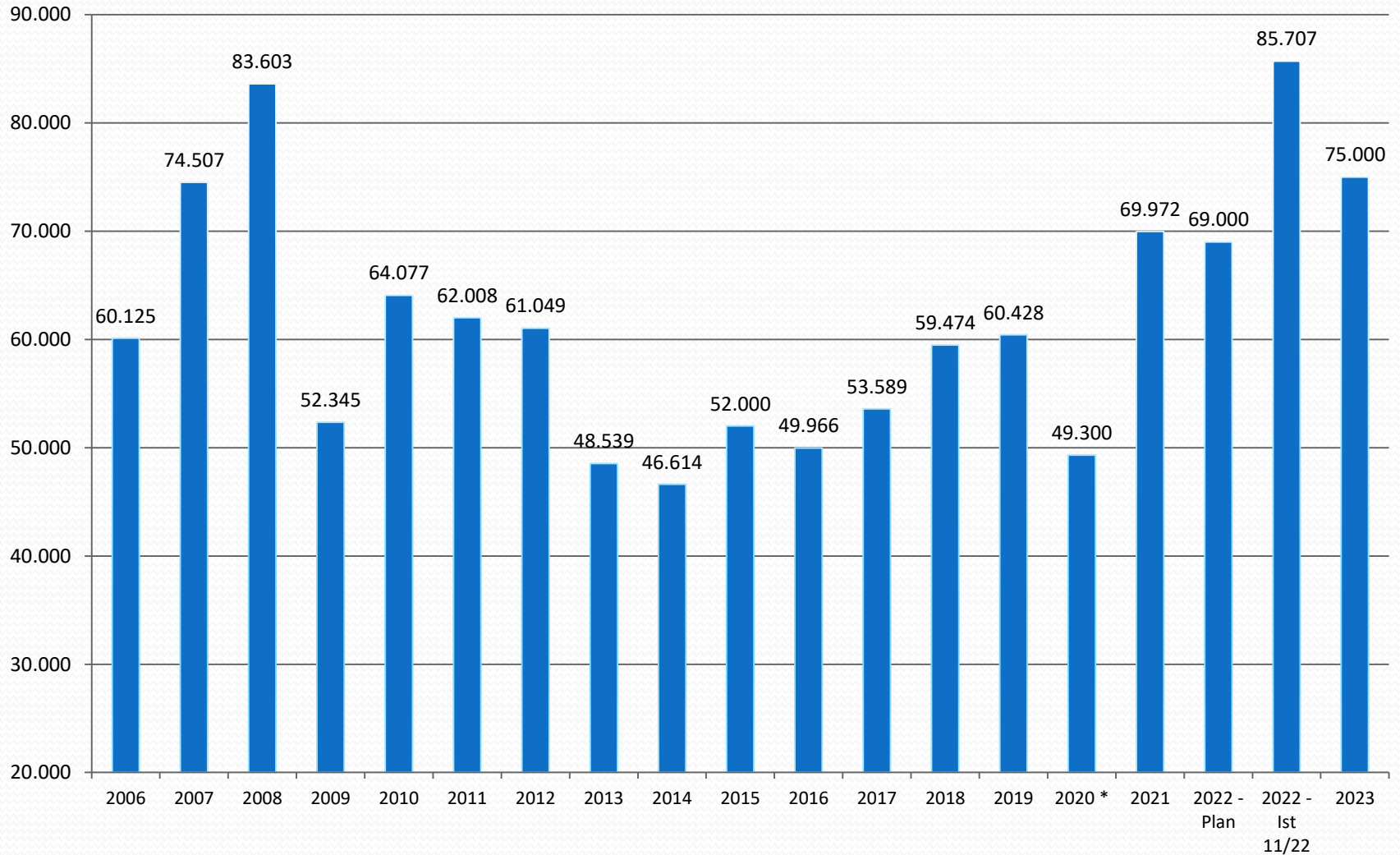


ordentliche Erträge 2022

- 367.781 T€ -



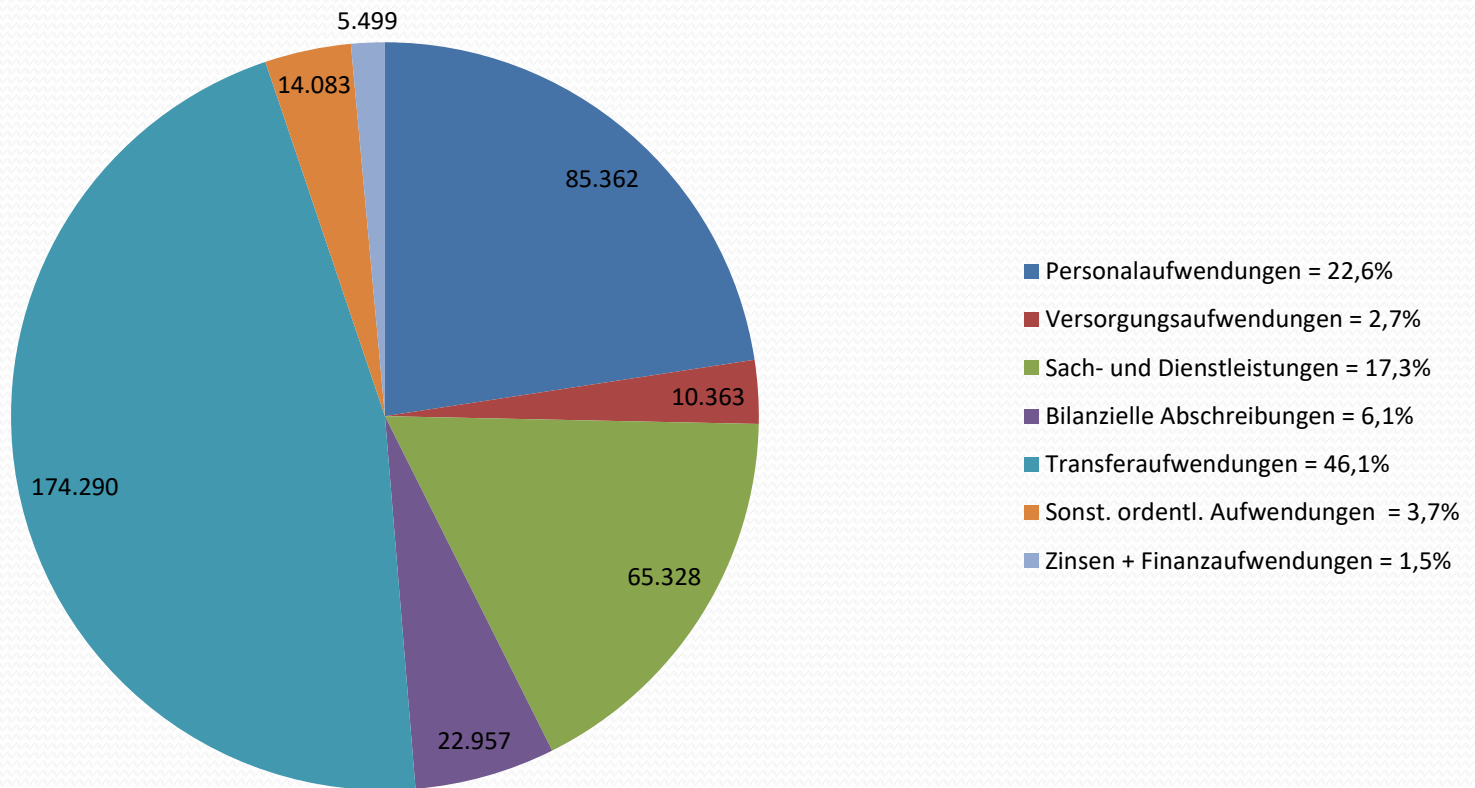
Entwicklung Gewerbesteuer in T€



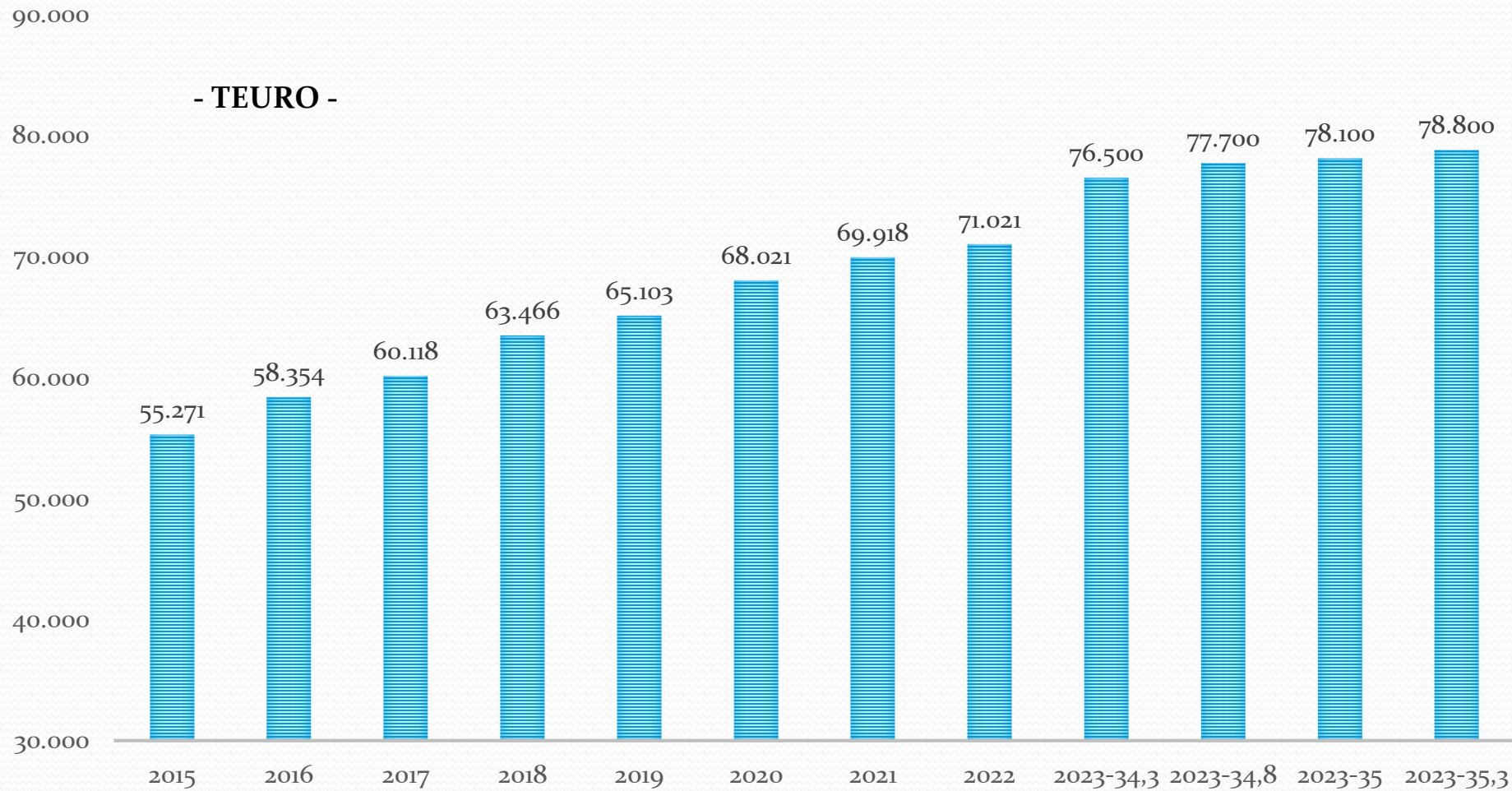
* Ausgleich Land = 9.058 T€

Aufwendungen 2023

- 377.882 T€ -



Kreisumlage -Risikoabwägung-

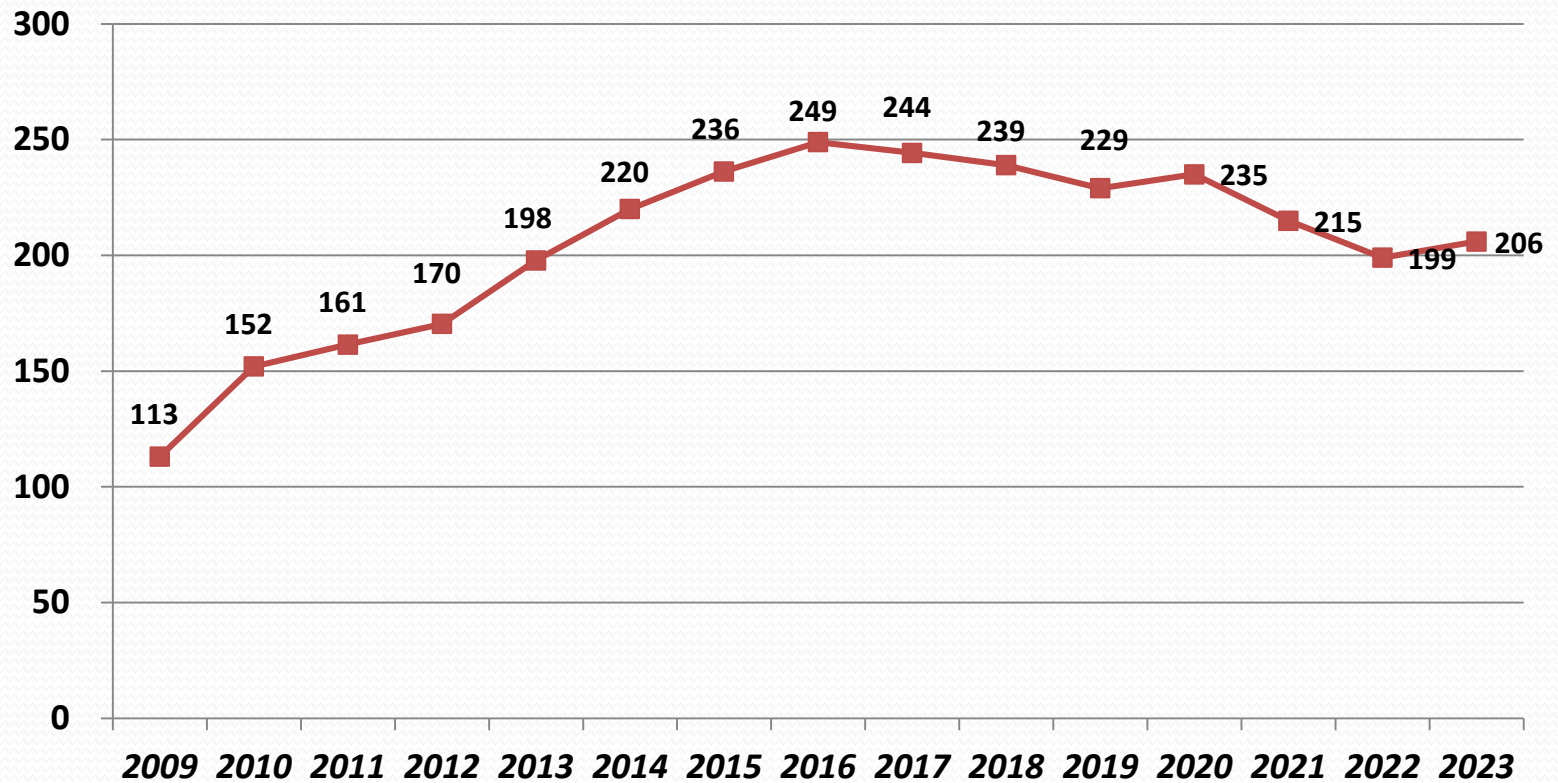


Ergebnisplan 2023 nach Produktbereichen (ohne ILV)						
Produktbereich		Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo Vorjahr	Differenz
01	Innere Verwaltung	9.465.700 €	71.218.254 €	- 61.752.554 €	- 53.958.733 €	- 7.793.821 €
02	Sicherheit und Ordnung	13.376.500 €	20.083.669 €	- 6.707.169 €	- 7.921.843 €	1.214.674 €
03	Schulträgeraufgaben	5.077.600 €	14.052.350 €	- 8.974.750 €	- 8.617.123 €	- 357.627 €
04	Kultur und Wissenschaft	2.864.300 €	8.503.487 €	- 5.639.187 €	- 5.172.409 €	- 466.778 €
05	Soziale Leistungen	7.577.400 €	17.046.568 €	- 9.469.168 €	- 7.124.922 €	- 2.344.246 €
06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	34.838.700 €	87.569.885 €	- 52.731.185 €	- 49.847.604 €	- 2.883.581 €
08	Sportförderung	6.109.050 €	6.471.214 €	- 362.164 €	306.507 €	- 668.671 €
09	Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen	467.000 €	3.900.315 €	- 3.433.315 €	- 3.376.279 €	- 57.036 €
10	Bauen und Wohnen	1.114.300 €	3.115.290 €	- 2.000.990 €	- 1.632.325 €	- 368.665 €
11	Ver- und Entsorgung	12.212.300 €	11.132.457 €	1.079.843 €	579.450 €	500.393 €
12	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	8.199.800 €	25.788.530 €	- 17.588.730 €	- 15.996.125 €	- 1.592.605 €
13	Natur- und Landschaftspflege	3.448.100 €	12.564.839 €	- 9.116.739 €	- 8.551.130 €	- 565.609 €
14	Umweltschutz	258.600 €	1.540.423 €	- 1.281.823 €	- 900.963 €	- 380.860 €
15	Wirtschaft und Tourismus	6.101.050 €	6.525.847 €	- 424.797 €	- 102.837 €	- 321.960 €
16	Allgemeine Finanzwirtschaft	256.646.900 €	88.359.800 €	168.287.100 €	156.933.100 €	11.354.000 €
17	Stiftungen	24.000 €	9.322 €	14.678 €	14.861 €	- 183 €
Summe		367.781.300 €	377.882.250 €	- 10.100.950 €	- 5.368.375 €	- 4.732.575 €
Außerordentlicher "Corona-Ertrag"				11.056.000 €	5.710.000 €	
Jahresergebnis				955.050 €	341.625 €	

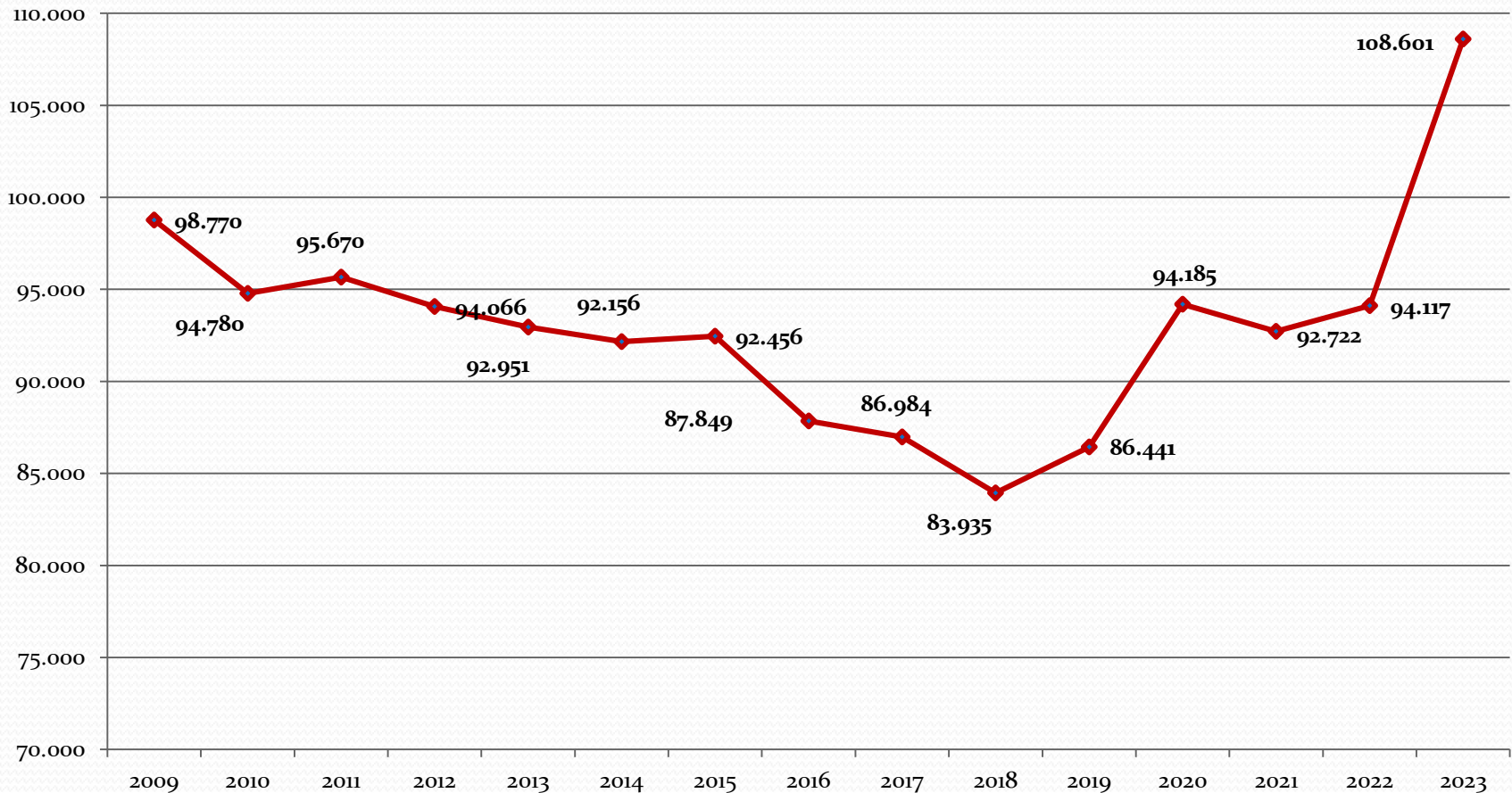
Finanzplan 2023

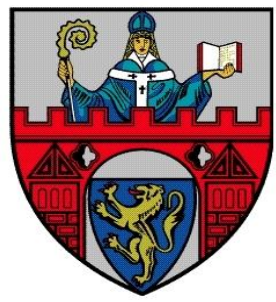
Finanzplan	2022	2023	2024	2025	2026
	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO
Laufende Einzahlungen	324.158.025	352.572.700	356.636.700	369.973.950	381.671.750
Laufende Auszahlungen	320.396.303	352.906.098	346.391.238	351.135.675	356.198.456
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	3.761.722	-333.398	10.245.462	18.838.275	25.473.294
Investive Einzahlungen	24.770.375	19.498.100	16.970.200	21.085.500	16.708.850
Investive Auszahlungen	46.735.510	40.481.500	37.118.900	37.856.300	27.776.800
Saldo aus Investitionstätigkeit	-21.965.135	-20.983.400	-20.148.700	-16.770.800	-11.067.950
Darlehensaufnahme	21.965.000	20.986.400	20.148.700	16.770.800	11.067.950
Aufnahme Liquiditätskredite	2.855.163	7.052.698			
Tilgung von Darlehen	6.616.750	6.718.900	7.124.300	7.430.000	7.636.000
Tilgung Liquiditätskredite			3.121.162	11.408.275	17.837.294
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	18.203.413	14.267.500	13.024.400	9.340.800	3.431.950

Kassenkreditbestand zum 31.12. Mio. €



Entwicklung Investitionskredite - TEUR -





***Vielen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit!***

Einbringung Stadtrat
21. Dezember 2022

Wolfgang Cavelius
Stadtkämmerer